

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementpreis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 8,30 Mark pro Quartal,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen
 je oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprospekt: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Vorwärtsdruck Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. | Sonntag, den 18. Februar 1900. | Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Weltpolitik des kapitalistischen Absolutismus.

Die moderne Weltpolitik begann mit dem 16. Jahrhundert, nachdem die Spanier im Jahre 1492 die neue Welt und die Portugiesen im Jahre 1498 den Seeweg nach Ostindien entdeckt hatten. Spanien und Portugal waren damals Staaten, die sich eben zu nationaler Einheit in der Form des Absolutismus zusammengeschlossen hatten, das heißt derjenigen Staatsform, deren die kapitalistische Produktionsweise in ihren ersten Entwicklungsstadien zu ihrer kräftigen Entfaltung bedarf. Selbstverständlich aber war dieser Absolutismus noch immer reich mit feudalen Elementen durchsetzt; es gab noch keine bürgerliche Klasse, auf die gestützt die absolute Monarchie die alten Feudalmächte des Adels und der Kirche niederwerfen konnte; ließen sie ihm nur den notwendigsten Spielraum, um den gebietlichen Forderungen seiner historischen Stellung gerecht zu werden, so stieg er sich gern ihrem noch immer sehr mächtigen und trotzigem Willen.

Mit dem Seewege nach Ostindien erschlossen sich den Portugiesen, mit der Entdeckung Amerikas den Spaniern märchenhafte Reichthümer, deren sie sich, soweit sie nicht den einfachen Seeraub vorzogen, in der Form eines streng monopolisierten Handels bemächtigt. Kein Fremder durfte sich in einer portugiesischen oder spanischen Kolonie, kein Schiff mit fremder Flagge in einem portugiesischen oder spanischen Gewässer sehen lassen. Der Papst als Stellvertreter Gottes teilte die Welt zwischen diesen beiden Mächten, und sie waren entschlossen, keinen Eindringling darin zu dulden. Es ist nun auch gar nicht zu leugnen, daß sie mit dieser Weltpolitik kolossale Erfolge erzielt haben, und in erster Reihe Spanien, das größere und vollreichere der beiden Länder. Eben noch von inneren Kriegen zerrissen, war es erst 1490, zwei Jahre vor der Entdeckung Amerikas, nordwärts zu einem Königreiche vereinigt worden; binnen wenigen Jahrzehnten wurde es durch seine Weltpolitik ein Weltreich, worin die Sonne nicht unterging. Der spanische König Karl wurde Kaiser von Deutschland; er besaß die Niederlande und einen großen Teil Italiens, Mailand, Neapel, Sizilien, Sardinien; er schlug die Macht der Türken, damals die fürchterlichste der Welt, auf allen Seiten zurück und demütigte die französische Monarchie, indem er ihr wertvolle Provinzen entriß und den französischen König gefangen im Triumph nach Madrid führte. Und nun gar außerhalb Europas! In Amerika erwarben die Spanier einen Länderumfang, der sechzig Breitengrade bedeckte und beide Tropen einschloß. Außer Mexiko, Centralamerika, Venezuela, Kolumbien, Peru und Chile eroberten sie Kuba, St. Domingo, Jamaika und andre Inseln. In Afrika gewannen sie Ceuta, Oran, Tunis und bedrohten die ganze Küste der Verberer. In Asien hatten sie Niederlassungen zu beiden Seiten des Gelben, sie besetzten einen Teil von Malakka und setzten sich auf den Gewürzinseln fest. Endlich verbanden sie ihre entferntesten Besitzungen durch die Eroberung der Philippinen und sicherten sich so eine Verbindung zwischen allen Teilen ihres ungeheuren Reichs, das die ganze Erde umgürtete.

Für die Weltpolitik dieses Weltreichs waren natürlich Waffen, Waffen und abermals Waffen nötig. Philipp II., der Sohn Karls V. — aus Schillers Don Carlos wird allen unsern Lesern der interessante Charakterkopf bekannt sein — war der erste Monarch, der auf den erleuchteten Gedanken verfiel, zugleich ein Heer und eine Flotte ersten Ranges zu unterhalten. Die Liebe des freien Raums war ihm ein unbekannter Begriff; er wollte durch Ruh und Reize die heile Höflichkeit, worauf er über der beherrschten Welt thronte. Seine Schiffe raubten auf dem Meere, seine Soldaten heerten in allen Erdteilen. Besonders die spanische Kolonialpolitik begann mit Greueln, wie sie bis dahin in der Geschichte noch nicht erhört gewesen waren. Doch sei gleich bemerkt, daß von diesen und überhaupt von Greueln der Kolonialpolitik in unsern Artikeln über Weltpolitik nicht weiter gesprochen werden soll. Das würde sich in unser „weltpolitischen“ Zeit nicht schicken, und wir möchten nicht gern die Verachtung der „ethischen“ Flottenprofessoren auf uns herabziehen. Zudem schrieb der preussische Historiker v. Treitschke schon vor dreißig Jahren, jede Kolonialpolitik sei voller Greuel und es werde nie zu entscheiden sein, welcher der europäischen Nationen in diesem zarten Punkte der Preis der Rücksichtslosigkeit gebühre. Seitdem haben wir auch eine deutsche Kolonialpolitik, ohne daß jedoch dank dem Reich, Wehlan, Peters, Arenberg die Preisfrage Treitschkes leichter lösbar geworden wäre. Sprechen wir also nicht von Moral! wie jene Pariser Grifette zu ihrem Freunde sagte.

„Realpolitisch“ ist jedoch festzustellen, daß Philipp II. mit seinem Plane, zugleich eine Flotte und ein Heer ersten Ranges zu unterhalten, nämlich scheiterte, zum eignen Ruin, woran gar nichts gelegen gewesen wäre, aber auch zum Ruin eines edlen Kulturvolks, woran sehr viel lag. Die kleinen Niederlande schlugen den Weltbespoten dröhnend aufs Haupt, Frankreich zerbrach seine Landmacht, England seine Seemacht; siehe darüber die „unüberwindliche Flotte“ Schillers, der ein „Weltbürger“, aber deshalb bei Leibe kein „Weltpolitiker“ war. Als Philipp II. im Jahre 1598 nach vierzigjähriger Regierung starb, hinterließ er neben einem entehrten Namen eine ungeheure Schuldenlast, und ein ausgezehertes, an Elend, Schmutz und Unwissenheit hinführendes Volk, dessen Kopfzahl in dieser Zeit von zehn auf acht Millionen gesunken war. Das waren innerhalb hundert Jahren die Früchte der Weltpolitik, die der kapitalistische Absolutismus des 16. Jahrhunderts in dem klassischen Lande seiner Wirklichkeit gezeigert hat, aber es war immerhin erst die Erste eines Jahrhunderts. Seitdem sind noch drei Jahrhunderte gefolgt, in denen das Land der Calderon und Cervantes den Reich des Glends und der Schmach bis zur Hefe leeren machte, in denen die spanische Geschichte die Geschichte eines Verfalls ohne Gleichen gewesen ist, bis herab zu unsern Tagen, wo Spanien mit einer demütigenden Niederlage endlich den

Rest des alten Glücks los wurde, und nun vor der Aufgabe steht, in mühseliger Arbeit sich wieder auf die Höhe einer Kulturstation zu erheben.

Sprach man zur Zeit des letzten spanisch-amerikanischen Kriegs mit einem liberalen Philister, so konnte man die salbungsvollsten Belehrungen darüber bekommen, daß die spanische Nation ihren verdienten Lohn erhalten, weil sie sich nie von der Herrschaft von Junkern und Pfaffen befreit habe. Nun ist es für keine Nation ein Genuß, unter der Herrschaft von Junkern und Pfaffen zu stehen, es sei denn etwa für die Nation der deutschen Philister, und wenn ein ehedem so kraftvolles und schönes Volk, wie die Spanier, sich von dieser Herrschaft nicht befreit hat, so wird es wohl weniger an seinem guten Willen, als an einem zwingenden Grunde gelegen haben. Dieser Grund aber ist kein anderer, als die Weltpolitik des kapitalistischen Absolutismus. Sie brach in einem Augenblick über das Land herein, wo die Feudalmächte des Adels und der Kirche zwar innerlich schon zum Untergange reif, aber äußerlich noch mächtig genug waren, die Früchte dieser Weltpolitik an sich zu reißen und nimmere die Anfänge bürgerlicher Bildung und Kultur auszurotten, Ackerbau und Industrie zu zerstören, die aufkeimende Kraft der Städte zu brechen, und eine Pöbelmasse von Bettlern und Schmarotzern, von Prahlhähnen und Kaufbuden zu züchten, genug, einen Zustand der Unkultur herzustellen, den der englische Historiker Wadde mit den Worten kennzeichnet: „Für den König zu seihen und in den Kirchen zu beten, war ehrenvoll; alles andre gemein und schmutzig.“

Mit derselben Soldateska, die sich von fremden Nationen so oft die schönsten Präge gelohnt hat, warf bereits Karl V. die Macht der spanischen Kommunen in der Schlacht bei Villalar nieder, und die Inquisition ergänzte diesen Sieg durch die Verwüstung der spanischen Städte. Noch verhängnisvoller erwies sich unter Philipp II. und dessen Nachfolgern die Ausrottung der Mauren, der kundigen Ackerbauer und der gewerbsleißigen Handwerker im Lande, in deren Händen sich die Baumwollen- und Zuderkultur, die Papier- und Seidenindustrie befand. Den ideologischen Vorwand lieferten wieder die Pfaffen; die weltliche Triebfeder aber war das Bestreben der Weltbespoten und ihrer junkerlichen Hölzlinge, alles auszurotten, was die Nation arbeitsam, unabhängig und deshalb rebellisch machen konnte. Als die Mauren vertrieben waren, entarteten Fabriken und Künste, oder gingen gänzlich verloren, und ungeheure Strecken kulturfähigen Landes blieben unangebaut. Einige der reichsten Gegenden von Valencia und Granada gerieten so in Verfall, daß es an Mitteln fehlte auch nur die dünne, noch übrig gebliebene Bevölkerung zu ernähren. Ganze Bezirke wurden plötzlich wüst und sind bis auf den heutigen Tag nie wieder bevölkert worden. Diese Wüsteneien boten eine Zuflucht für Diebe und Schmuggler, die Nachfolger der gewerbsleißigen Einwohner, die früher dort gelebt hatten; von der Vertreibung der Mauren schrieben sich die organisierten Räuberbanden her, die seit jener Zeit die Weisel Spaniens wurden und von keiner Regierung mehr völlig ausgerottet werden konnten.

Ähnliche Resultate wie in Spanien zeitigte die Weltpolitik des kapitalistischen Absolutismus in Portugal. Die beiden Länder waren ihre typischen Stätten, weil sie sich in ihnen rein auszubilden konnten; der heutige Zustand Spaniens und Portugals ist ihr historisches Denkmal. Jedoch beschränkte sich ihre barbarische Wirksamkeit nicht auf diese beiden Länder, sondern sie trat im 16. Jahrhundert überall auf, wo ihr die Möglichkeit der Entfaltung gegeben war; nur daß sie in andern Ländern sich erst langsam und später entwickelte, und, ehe sie ihr Totenreich errichten konnte, von der Weltpolitik des bürgerlichen Handelskapitals abgelöst wurde, der zweiten historischen Phase der modernen Weltpolitik.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Februar.

Das Abgeordnetenhaus

begann am Sonnabend mit der Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Erweiterung des Staats-Eisenbahnnetzes und Förderung des Kleinbahnwesens. Von Reichs wegen sollte eine solche Vorlage in einer Zeit, die im Zeichen des Verkehrs stehen soll, in jeder Session erscheinen. In der letzten Session ist aber keine Eisenbahnvorlage an das Haus gekommen und man hat schon den Eisenbahnminister und Herrn von Miquel eines schwarzen Komplotts verdächtigt, nach welchem die beiden Herren das Land Preußen mit der Verzögerung von Wohnbauten bestreiten wollten, weil der Landtag das Kanalprojekt verworfen hat. Bei der Kanal-Fremdschiffahrt des Herrn von Miquel ist dieser Verdacht sicherlich hinfällig. Der Herr Finanz hat einfach Geld sparen wollen und daraus ist die Uebergehung einer Session zu erklären.

Die Vorlage verlangt im ganzen eine Summe von 115 600 000 Mark und zwar 61 600 000 Mk. zum Bau von fünf neuen Hauptbahnen und 15 neuen Sekundärbahnen, 4 000 000 Mark zur Beteiligung des Staats am Bau einer Eisenbahn von Teusendbrunn nach Reustadt a. D. durch Uebernahme von Aktien und 20 Mill. Mk. zur Förderung von Kleinbahnen.

Minister v. Thielen gab eine kurze Uebersicht der geplanten Wohnbauten. In der Debatte machte sich kein Widerspruch geltend. Die Erörterung artete aber bald in eine Kirchenpolitik-Diskussion aus. Es sprachen unzählige Redner, von denen ein jeder seine Lokalsamereien vorbrachte. Am Dienstag soll diese Art Debatte noch fortgesetzt werden.

Preussische Vorkommungen.

Gegen die Flottenvorlage haben die einzelstaatlichen Finanzverwaltungen, wie immer klarer sichtbar wird, schwere Bedenken. Besonders Preußen verhält sich überaus sonderbar. Die preussische Politik scheint geradezu auf eine Ernüchterung und

Hemmung der Reichsromantik abzugelenken. Leise und vorstichtig, aber mit zäher Geschicklichkeit wird die weltpolitische Seefischzweigmerei von Preußen aus unterminiert. Offenbar fürchten die Finanzminister der Einzelstaaten aus der ebenso sorglosen wie großartigen Finanzwirtschaft im Reich gerrüttende Rückwirkungen auf die Staatsfinanzen. Daneben aber und vor allem sucht die agrarisch-feudal verirrte preussische Regierung gegen die Industrie- und Exportpolitik der Reichsverwaltung zu intrigieren. Natürlich kann man diese Pläne nur mit großer Behutsamkeit ausführen. Hinter dem Marinismus steht, und diesmal mit seiner ganzen Energie, der Kaiser; es ist darum unmöglich, offen und geradezu seine Wünsche zu durchkreuzen. Aber es giebt in der Zeit der Sammelpolitik, wo es leicht ist, alles zu verhehen, weil man alle zufrieden stellen will, genug Mittel, um die verschiedenen gesetzgeberischen Entwürfe gegen einander auszuspielen und so zu Falle zu bringen, und solche Mittel wendet man in Preußen unzweideutig an.

Nur so ist es zu verstehen, daß ganz ohne zwingenden Anlaß in demselben Augenblick, wo im Reich der Marineplan veröffentlicht wurde, preussische Offiziere den neuen Kanalentwurf bekannt geben und so die Konservativen gegen die Flotte verärgerten, die ihnen ohnehin „gräßlich“ ist.

Dasselbe Manöver wiederholt sich jetzt, in noch marfanterer Weise. Während für die Durchsetzung der Marinevorlage alles auf die gute Stimmung des Centrums ankommt, erscheint in Preußen ein Kommunalwahl-Gesetz auf der Oberfläche, das direkt gegen das Centrum gerichtet ist und die „regierende Partei“ im tiefsten verlegen muß. Damit wird die Abneigung des Centrums gegen die Flottenverdoppelung nicht gemildert.

Wenn diese unzeitigen preussischen Gesetzgebereien nicht etwa Eingebungen eines beispiellosen taktischen Ungeschicks sein sollten, so können sie nur als listig berechnete, in ihrer dichten Maschenung doppelt wirksame Rückenangriffe auf die Milliarden verschlingende Reichs-Wasserpolitik aufzufassen sein. Das Agrariertum in der preussischen Regierung sucht, indem es die Parteien reizt, die Aussichten der weltpolitischen Phantasie- und Geschäftspolitik zu verschlechtern. Auch das Warenhausgesetz gehört in die Reihe der Maßnahmen, die nur geeignet sein können, die Flottenfreunde zu verunsichern.

Von Herrn v. Miquel hört man seit einiger Zeit nur noch Krankheitsberichte. Fast scheint es, als ob man den unbefleglichen Finanzminister gerade zu dem Zweck krank sein läßt, um seine eifrige politische Consciencehaftigkeit zu Ruh und Frieden des preussischen Junkertums und des preussischen Fiskus der Aufmerksamkeit zu entziehen. Jedenfalls hätte er in seiner Verwaltung kunstgewandte Schüler seiner politischen Methode, wenn er selbst wirklich durch Krankheit verhindert sein sollte, an unsichtbaren Fäden der Dinge listig zu lenken. —

Unverlöschlicher Haß.

Am 17. Februar vor 300 Jahren hat Giordano Bruno den Plammetod erlitten. Unser Leser finden eine Würdigung des Märtyrers in der „Neuen Welt“. Doch in unserer Zeit aber der Hauch des Scheiterhaufens auch nach 300 Jahren noch nicht verweht ist, das zeigen Begleiterscheitungen, welche die jetzige Brunofeier verfinstern, mit erschreckender Kraft. Bekannt ist, daß der freisinnige Oberbürgermeister des ausgeklärten Berlin den Rathausaal für eine Ehrung Brunos verweigerte. Aber auch die eigentlichen Nachkommen der Inquisitoren von ehemals leben noch, und ihr Haß hat ihr Opfer um drei Jahrhunderte überlebt.

Man berichtet uns:

Für den Vorabend des 300jährigen Todestages Giordano Brunos hatte die philosophische Abteilung der Berliner Finienschaft eine Gedächtnisfeier angekündigt, bei der Professor Dr. Lasson die Rede im katholischen Vereinshaus halten sollte. Die Wahl des Ortes bestreitet auf den ersten Blick, rührt aber daher, daß jenes bequem erreichbare Vereinshaus im Centrum von der Finienschaft häufig zu größeren Veranstaltungen benutzt wird. Der Herr hatte auch diesmal gegen einen wissenschaftlichen Vortrag nichts einzuwenden; denn nur um eine Würdigung des Philosophen handelte es sich, nicht um eine Kundgebung für den Märtyrer Bruno. Da erfuhr auf bisher unauffällige Weise der Centrumsabgeordnete Dabach von der Feier. In einem Brief forderte er den Propst von Berlin und fürstbischöflichen Delegaten Dr. Reuber auf, diese „katholische Feier“ zu verhindern. Der Propst, der wohl ein Aufsichtswort über das katholische Vereinshaus übt, hatte nichts Eiligeres zu thun, als dem Herr die Abhaltung der auch nach seinen Worten „katholische Feier“ zu verbieten. Der Vorstand der Abteilung erhielt davon Kenntnis, begab sich Freitag nachmittag zum Herr des Vereinshauses und erhielt, nachdem er schriftliche Erklärung abgegeben hatte, daß es sich um einen wissenschaftlichen Vortrag handele, die bindende Zusage, daß der Vortrag in seinen Räumen gehalten werden könne. Als gegen 8 Uhr abends die ersten Teilnehmer erschienen, ward ihnen die überraschende Kunde, daß der Vortrag nicht stattfinden; der Propst habe es verboten. Korhaltungen waren zwecklos. Enttäuscht mußten die in großer Zahl herbeistromenden Zuhörer sich entfernen. Mit großer Mühe wurde in der Nähe noch ein freier Saal gefunden und so konnte endlich um 10 Uhr der Vortrag trotz alledem vor einem fast zusammengekommenen Auditorium beginnen. Auch der gläubigste Katholik hätte diesen Vortrag anhören können, ohne irgendwie in seinen religiösen Empfindungen verletzt zu werden, denn der Vortragende, ein durchaus reaktionärer Kopf, der an der Berliner Universität das Dasein Gottes wissenschaftlich beweist, beteuerte, Bruno sei im Herzen immer ein guter Katholik geblieben.

Die „Märkische Volkszeitung“, das Organ des Kaplans Dasbach, rechtfertigt die Verweigerung des Saales mit den schönen Worten:

Giordano Bruno ist vor 300 Jahren in Rom wegen Nichtaus dem Orden, Abfall von der Kirche, Atheismus (Leugnung des Daseins Gottes und der Unsterblichkeit), rohem Materialismus und boshafter Feindschaft gegen das Christentum — am 9. Februar 1600 — verurteilt und verbrannt worden. Es ist klar, daß dieser Vortrag eine Verherrlichung Giordano Brunos sein sollte. Dem Pächter des katholischen Vereinshauses war der Zweck dieses Vortrags nicht bekannt. Als er darauf aufmerksam gemacht wurde, verweigerte er den Saal zur Abhaltung desselben.

So wüßte der Saal noch, obwohl der Fenster vor drei Jahrhunderten den Regen „unschädlich“ gemacht hat, weil Märtyrerblut ewig lebendig bleibt. Und diese Inquisitoren von 1900 bilden im Deutschen Reich die — ausschlaggebende Partei. Freilich, warum sollten die Pfaffen nicht ihre ungebrochene Kraft bethätigen, wo die feig und fromm gewordene Bourgeoisie den Spuren des heiligen Paasche folgt und der Kommunaloberst der Reichshauptstadt keine Feier in städtischen Räumen duldet.

Giordano Bruno kannte sein Schicksal und seine Feinde:

Ich weiß so wohl, daß mich die Flamme tötet,
Und liebe doch das Licht; die süße Rege
Des Wachs, der bald von meinem Blut gerötet;
Ich kenne die verräterischen Rege,
Ich kenne sie, ich weiß, daß sie mich fangen,
Berachte sie aus heiligem Glückverlangen.
Die Flammen sind so schön, die mich verzehren,
Die Pfeile göttlich, die mich so verwunden,
Wie kann ich mich von einem Wahn befreien,
Mit dem verwebt mein Wünschen und verbunden?
Die Flammen sind mein Herz, in mir die Pfeile
Und Schlingen, denen nimmer ich entteile.“

Kaiser und Papst, seht, wie ich rüste,
Könige, eurer Günst' bin ich satt —
Thänen und Sinnen, o meine Seele,
Und in den Haaren ein Vorbeerblatt.

Nicht blinder Jertum, Kargheit, Glüdes Obgunst,
Nicht dumpfer Haß, nicht Reid, noch niedre Wut,
Nicht Herzenshärte, Bosheit, wilde Gier —
Sie alle träben meinen Himmel nicht,
Rein, sie unerschleierten nimmermehr mein Auge,
Thut, was ihr könnt — doch meine Sonne
scheint.

Das sind die Verse von Giordano Bruno, die unsterblich leben. Die Dasbach und Kirchner mögen thun, was sie können — Bruno's Sonne scheint.

Sächsisches Koalitionsrecht.

Die Amtshauptmannschaft Chemnitz, in deren Bereich ein Teil des Streikgebiets liegt, auf welchem sich seit einigen Tagen der Kampf sächsischer Bergarbeiter um Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen abspielt, erscheint sofort auf dem Plan, um die Bergarbeiter nach Möglichkeit an der Ausübung eines ihnen reichsrechtlich zustehenden Rechts zu hindern. Die genannte Behörde ersieh am Freitag folgende

Bekanntmachung, das sogenannten Streikposten stehen betreffend.

Das sogenannte Streikposten stehen bei allgemeinen Arbeiterausständen und jede dem ähnliche Handlung, die dazu bestimmt ist, Arbeitswillige von der Arbeit abzuhalten oder einzuschüchtern, wird, weil dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet, auch über die Kreise der Arbeitgeber hinaus das Publikum beunruhigt und belästigt wird, hiermit nach ausdrücklich verboten und, falls nicht gerichtliche Verhaftung nach § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung oder polizeiliche Verhaftung . . . eintritt, mit Geldstrafe bis zu 150 Mark, oder mit Haft bis zu 14 Tagen geahndet werden.

Befestigungen in den Wohnungen durch sogenannte Hausagitation werden sich häufig als Hausfriedensbruch darstellen.

Unterschrift der Amtshauptmannschaft.

Das ist wieder ein echtes Sachsentücheln. Das ist die vielgerühmte Unparteilichkeit der Behörden. Die Unternehmer dürfen thun, was ihnen beliebt, sie dürfen durch tausenderlei Dürten, durch Lohnbrüche und übermäßige Anforderungen an die Arbeitskraft, ja oft genug zum Zweck der Preissteigerung für ihre Produkte die Arbeiter in den Streik treiben. Aber wehe, wenn die Arbeiter sich zur Wehr setzen, wenn sie ihre Kameraden zu einheitlicher Kampfführung zu gewinnen versuchen, sofort erscheint die Staatsgewalt auf dem Platz mit kühnsten Gesetzesauslegungen und, wenn diese noch nicht genügen, mit polizeilichen Drohungen, die sich unter der Flagge verbergen, daß die öffentliche Sicherheit bedroht sei. Ja, der Chemnitzer Akt operiert nicht nur mit ungehörigen Gesetzesauslegungen, sondern ist geradezu wider das Gesetz. Die sächsische Behörde erklärt als strafbar, wenn jemand Streikposten stellt, um andre von der Arbeit abzuhalten, ohne daß er dabei irgendwie etwas Ungeheuerliches oder Unrechtes begeht. Das ist gesetzwidrig. Die Bekanntmachung muß darum von jedem Gericht, dessen Entscheidung sie unterbreitet wird, selbst von einem sächsischen Gericht, als ungültig erklärt werden.

Und noch mehr, die sächsische Behörde fordert die Denunziationen heraus, indem sie das Auffuchen von Arbeitern in ihren Wohnungen, um sie über den Zweck des Streiks zu belehren, als Hausfriedensbruch qualifiziert.

So wird in Sachheit das im § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gewährleistete Vereinigungs- und Ausstandsrecht der Arbeiter auf Umwegen beseitigt.

Ein Privattelegramm aus Zwickau meldet uns:

Alle Bergarbeiter-Versammlungen im Zwickauer Revier werden verboten, obwohl die bisherigen Versammlungen in musterhafter Ordnung verlaufen sind. Auch Vergütungen werden unterjagt. Es herrscht große Erregung. Telegraphische Beschwerden dem Minister eingereicht.

Auf diese Weise wird den Bergarbeitern die Möglichkeit entzogen, den Konflikt mit den Grubenbesitzern in geordneter Weise durchzuführen.

Wahrscheinlich erfolgt das Verbot auf Grund der behördlichen „Annahme“, daß durch die Versammlungen die öffentliche Ordnung gefährdet werden könnte. Thatsächlich ist diese Annahme völlig unbegründet, und selbst sächsische Behörden sollten begreifen, daß durch ihr Vorgehen nur Erbitterung in die Arbeitermassen getragen und der Kampf zwischen Arbeitern und Grubenkapitalisten verschärft und verlängert wird.

Herr v. Meißel, der sächsische Minister des Innern, hat in den jüngsten Tagen das Zwickauer Bergrevier bereist, um sich über die dortige Lage zu unterrichten. Sind etwa die Versammlungsverbote auf unmittelbare ministerielle Anordnung zurückzuführen, dann wäre die erhobene Beschwerde ausschlaglos. Herr v. Meißel hat sich nämlich in der Weise „unterrichtet“, daß er Konferenzen mit den Bergbehörden und mit den Grubenbesitzern abhielt; die ausständigen Grubenarbeiter zu hören, hat der Minister für überflüssig erachtet. Der Herr Minister würde es aber sicherlich als arge Kränkung empfunden, wenn jemand behaupten wollte, die sächsische Regierung arbeite in Dienste des schwer reichlichen Unternehmertums der Gruben gegen die armen, um die Verbesserung ihres fargen Lohns opfermütig ringenden Arbeiter.

Russisches Marine-Scho.

Die Petersburger „Wedomosti“ erklären kürzlich, daß die russische Regierung, dem Beispiele der deutschen folgend, das Ostsee- und das Schwarze-Meer-Geschwader noch um ein besonderes starkes Geschwader „zum Schutze der Interessen am Stillen Ocean“ zu vermehren beabsichtigt. Während vor der neuen deutschen Flottenvorlage keines der offiziellen russischen Blätter die Seemachtfrage überhaupt berührte, geschweige denn von einem russischen Vernehmlichungsprojekt sprach, widmet in letzter Zeit die russische Presse der deutschen Vorlage fortgesetzt Zeitaufsätze und fordert von der russischen Regierung ein dem deutschen ähnliches Vorgehen. In einem ihrer letzten Artikel erklären die „Wischewnja Wedomosti“, daß „das Vorgehen Deutschlands für Russland ein Ansporn sein muß, in der gleichen Richtung zu handeln“. „Unsre Flotte“, meint das genannte Organ, „ist zwar weit stärker als die deutsche, aber ihr Bestand entspricht nicht den heranwachsenden Ereignissen, und der Umstand, daß unsre Schiffe keine eigenen Ankerplätze auf dem ganzen Wege von Kronstadt nach Vladivostok und Port Arthur haben, ist nichts weniger als tröstlich. Die Marinefragen, welche ganz Deutschland erregen, sind Fragen, welche auch für uns ein brennendes Interesse haben. Wir konnten sie aufschieben, aber ihnen zu entgehen, liegt nicht in unsrer Gewalt.“

Das „brennende Interesse“ ist in der russischen Presse jedenfalls erst seit Veröffentlichung der neuen Flottenvorlage der deutschen Regierung zum Ausdruck gelangt.

Deutsches Reich.

Fortschreitende Knochenweichung.

Der Schillerpreis, der alle drei Jahre an das beste in diesem Zeitraum erschienene Drama zu vergeben ist und der in diesem Winter wieder fällig war, wird nicht verliehen werden, weil der Kaiser — nicht zum erstenmale — den Vorschlag der zu diesem Zweck niedergesetzten Kommission verworfen hat. Die Sache hat an und für sich durchaus keine weltgeschichtliche Bedeutung, und so weit sie sonst etwa besprochen zu werden verdient, würde ihre Besprechung nicht an diese Stelle gehören. Aber sie bietet ein höchst symptomatisches Bild von der fortschreitenden Knochenweichung des deutschen Völkertums.

In Bayern besteht der Maximiliansorden, dessen Verleihung, ähnlich wie beim Schillerpreis, von dem Kapitel der Mitglieder ausgeht, dessen Entschluß der König nur formell zu bestätigen hat. Als nun Ludwig II. im Jahre 1884 zur Regierung kam, verlich er den Maximiliansorden, ohne das Kapitel zu fragen, an den Dichtlerling Solar v. Redwig, worauf der Vorsitzende des Kapitels, der berühmte Chemiker Justus v. Liebig, der Majestät bedeutete, das Kapitel müsse in aller Eile berufen, aber auch mit aller Entschiedenheit diese Entlastung seiner Befugnisse ablehnen. Der König ehrte sich selbst, indem er sich mit seiner Unerschlichkeit entschuldigte und schließlich die Rechte des Kapitels zu achten versprach. Er hat sein Versprechen auch redlich bis an seinen traurigen Tod gehalten.

Als dann das Kapitel des Maximiliansordens im Jahre 1886 den Orden an Anzengruber zu verleihen vorschlug, verlegte der Prinzregent Luitpold die Befähigung dieses Entschlusses, nachdem die liberale Presse gewaltigen Lärm darüber geschlagen hatte. Nun war die Mehrheit des Kapitels schon so weit, daß sie sich sagte: immerhin fanden sich aber noch zwei Männer, die lieber aus dem Kapitel austraten, als sich selbst demütigten. Es waren Paul Henje und Graf Schaaf, haderlich keine Revolutionäre, ganz im Gegenteil, aber Männer, die sich selbst achteten. Sie ließen es auch nicht etwa an einem Proteste hinter den Coulissen bewenden, sondern wählten sehr wohl, was sie dem öffentlichen Urteile schuldeten; Paul Henje hat ihr Verhalten und dessen Gründe öffentlich dargelegt.

Nach abermals zwanzig Jahren sind wir nun glücklich so weit, daß die Mitglieder der Schillerpreis-Kommission, obgleich ihnen mindestens schon zum zweiten, wenn nicht zum dritten Male das Wahlschicksal passierte, daß der Kaiser ihre Entscheidungen kassiert, sich in dieses Schweigen hüllen. Sie scheinen zu glauben, daß mit ein wenig sentimentalem Gezwinsel oder höchstens einigen verstedt-vorsichtigen „Abelsätzen“ der bürgerlichen Presse ihre Affäre glorreich erledigt sei. Vielleicht werden sie etwas ermuntert, wenn man ihre Namen nennt; die „Vossische Zeitung“ zählt neben dem einen Hofbeamten, an den wir weiter keine Ansprüche erheben, als Mitglieder der Kommission die Professoren Ditsch, Moser, Erich Schmidt und den Schriftsteller Julius Rodenberg auf. Sollten diese Herren auch fernhin schweigen, so müßte ihnen bedenklich werden, daß sie eine Hauptschuld tragen an den Zumutungen gegen Kunst und Literatur, wie sie vor einigen Jahren in der Umsturzvorlage und jetzt wieder in der lex Heinze gemacht werden. Jedem wird mitgeteilt, wie er verdient.

Ueber das Kaiserwort von der Socialdemokratie, daß sie eine vorübergehende Erscheinung sei, hat Herr Stöder eine Versammlung gehalten. Alle Parteien beteiligten sich, also wurde sich auch die Socialdemokratie anziehen, meinte Herr Stöder, und darin hat er recht; es fragt sich nur, ob unsre Wandlung dem Hofprediger a. D. zum Wohlgelassenen gereichen wird. Schließlich führte dann Herr Stöder nach dem Bericht des „Reichsboten“ aus:

„Man muß die Socialdemokratie nur nicht durch neue falsche Maßnahmen immer wieder zusammenschreiben. Unser allergrößter Feind aber ist nicht die Socialdemokratie, sondern der Rammonsgest. Was würde wohl heute Goethe sagen, wenn er leben würde, wie aus dem goldenen Kalbe allmählich ein goldener Ochse geworden ist! Dieser Geist muß zuerst bekämpft werden. Es wird auch für die Socialdemokratie dann die Zeit kommen, wo sie sagen wird: das waren alles sehr hübsche Sachen für uns für die Agitation, aber wahr sind sie um einmal doch nicht! Dann wird sie eine vielleicht sehr capillare Arbeiterpartei sein, welche die Arbeiterinteressen sehr stark vertritt, aber mit Vaterland und Kirche doch in Frieden lebt. Das wird für alle ein Segen sein, am meisten für die Arbeiter. Vielleicht wird sie sich schon nach zwanzig Jahren die Hörner abgelaufen haben, und wenn sie dann noch die rote Fahne schwenkt, wird vielleicht auch schwarz und weiß dran sein und dann werden sie sagen: Kaiser Wilhelm hatte recht: wir waren eine vorübergehende Erscheinung, haben uns ausgetobt und heute ist uns wohlher als damals.“

Die Neuerung des Herrn Stöder zeigt, daß in seinem Kopfe die Erkenntnis der sozialen Entwicklung sowie der socialdemokratischen Bestrebungen auch nicht einmal vorübergehend in Erscheinung ge-

treten ist. Vielmehr lobt sich in dieser Neuerung eine Sinn und Intimität durcheinanderpolternde Unklarheit fürchterlich aus. Erst erklärt Herr Stöder den Rammonsgest als den Feind und dann sagt er: die Zeit werde kommen, wo wir Socialdemokraten, die eben jenen Rammonsgest bekämpfen, erklären, das war gut für die Agitation, aber es ist nicht wahr. Wenn der Hofprediger gegen den Rammonsgest wettet, so ist das gut und wahr; wenn wir gegen den Kapitalismus vom Vebel ziehen, so ist es Agitation und unwahr. Vielleicht allerdings erklärt sich der Söderische Konfess daraus, daß er den Rammon mit Leise auf der Oberfläche ragen und gründlich nur, soweit er jüdischer Rammon ist, bekämpfen will, während wir ihm jedes Existenzrecht bestreiten und ihm jede Möglichkeit des Auswärtens nehmen wollen. Oder mit andern Worten: Herr Stöder betrachtet den Kapitalismus, wenn nur von einigen seiner Auswüchse gereinigt, aber doch in seines Wesens Schamlosigkeit erhalten, als eine dauernde Erscheinung; wir dagegen wirken dafür, daß der Kapitalismus zu einer vorübergegangenen Erscheinung werde. Ist der Kapitalismus vorübergegangen, so hat auch die Socialdemokratie ihre Aufgabe erfüllt und ist ebenfalls eine vorübergehende Erscheinung, aber nicht früher. Welche Farben die Rahmen dann zeigen werden, das ist höchst gleichgültig; wahrscheinlich wird schwarz und weiß dann in Note umgefaßt sein.

Schulreform. Wie die „Berl. Jg.“ erzählt, diskutierte im Berliner französischen Gymnasium am Tage nach der Ankunft des Prinzen Heinrich in Berlin der Oberlehrer Dr. Weber seinen Sextaner ein Extemporale, in welchem die Klasse des Prinzen Heinrich geschildert wurde und dann wörtlich die folgende Stelle vorlas:

„Le prince Henri rentro à Berlin dans le moment même où l'empereur veut donner à notre patrie une grande flotte, dont nous avons si grand besoin („bitter Not“ konnten die Sextaner wahrscheinlich nicht besser überlegen) pour protéger nos côtes, nos colonies et notre commerce. Espérons que le Reichstag sera assez sage et assez patriotique pour comprendre les grandes vues nationales de notre Empereur.“

Das heißt auf Deutsch: „Prinz Heinrich kehrt gerade in dem Augenblicke nach Berlin zurück, wo der Kaiser unserm Vaterlande eine große Flotte geben will, die uns so bitter not thut, um unsre Küsten, unsre Kolonien und unsern Handel zu schützen. Hoffen wir, daß der Reichstag weise und patriotisch genug sein wird, um die großen nationalen Gesichtspunkte unsres Kaisers zu verstehen.“

Daß die Sextaner eher fähig sind, sich in die Meer- und Westpolitik verständigvoll zu versetzen als lumpige Abgeordnete, erklärt sich sehr einfach aus dem Umstand, daß die Jungen aus eifrigere Leser von Seeräuber- und Indianergeschichten zu sein pflegen als ausgewachsene Männer.

Herr Zirbig wird nicht verkehren, bei der zweiten Lesung der Flottenvorlage sich auf die ehrende Zustimmung dieser weitblickenden Sextaner zu berufen.

Die wasserreichen Feudalen. Mit ungemein respektwürdiger Ironie schildert das „Deutsche Adelsblatt“, das sich im übrigen weit mehr für die Fideikommiss- als für die Weltpolitik interessiert, die Flottenbegeisterung:

„Im Augenblicke ist in Reichsdeutschland wieder alles „Flotte“. Um die Flottenfrage drehen sich die Auseinandersetzungen nicht nur in Kreisen der hohen Berufspolitiker und Parlamentarier, sondern auch in den Gesellschafts-Salons der Großstädte, an offiziellen Festen, in den bürgerlichen Klubs, in den naturwissenschaftlichen Abendjahren bis hinunter zum lampenbestrahlten Stammtischwinkel, wo das lachende „Hilfliche Bier-philisterium“ seiner patriotischen Begeisterung Gelatomben opfert.“

Kräftiger brauchen auch wir uns nicht über den Rummel lustig zu machen.

Natürlich bedeutet das „Adelsblatt“ seine „Vereitwilligkeit“ zu diesem nationalen Opfer — das ist nun einmal Zwangsdankeschuld; aber wie die Feudalen in Wirklichkeit gestimmt seien, verheimlicht das Blatt auch nicht:

Besonders den deutschen Landwirten hat man dadurch nicht gerade erhöhten Gschmack bezubringen verstanden, daß man in dieser vaterländischen Wehrkraftprobe immer den Schwerpunkt auf die Interessen des Großhandels und der Großindustrie zu legen bemüht war und die Interessen des Handwerks, des Klein-gewerbes und der Landwirtschaft nicht einmal zu streifen für nötig befand. Dazu zeigt sich neuerdings wieder das „Kanalgelächter“ in erschreckender Deutlichkeit im Hintergrunde.“

Die große Flotte!

Ein verkleideter Flotten-Arbeiter-Verein. Zu dem in unserer Nr. 17 unter dieser Epithete von uns gebrauchten Artikel teilt uns der Vorstand des in Rede stehenden Vereins mit, daß derselbe nicht den Namen „Flotten-Arbeiter-Verein“ führe, daß ihm aber dennoch etwa 30 Fabrikarbeiter angehören, daß nicht die Absicht vorlag, Arbeiter zu locken, und schließlich bis zum Datum des Schreibens in Zahl ein Vortrag über die Flottenvorlage noch nicht gehalten worden sei. — Es thut uns leid konstatieren zu müssen, daß — wenn das letztere wahr ist — der Verein seine flottenfreundliche Thätigkeit weniger ernst nimmt. Fürchtet er, daß die Arbeiter, die ihm aus Unkenntnis zugehören, nach einem solchen Vortrag (schonigt davonlaufen? —

Vergeßliches Hoffen. Die „Frei. Jg.“ citiert aus einem Referat über eine Rede des Professors Sombart den Schlußabschnitt. Sonderbarerweise legt die „Frei. Jg.“ die zwischen Kapitalismus und Socialismus unklar taumelnde Vermischung Sombarts dem Socialdemokraten Bruhs in den Mund, welcher den Inhalt der Sombartschen Rede in der „Soz. Praxis“ mitgeteilt hat. Und um die Komödie noch lustiger zu gestalten, leitet die „Frei. Jg.“ ihre Verwechslung mit den Worten ein: „Der Standpunkt Vernunft findet in der Socialdemokratie in immer weiteren Kreisen Anerkennung.“ So wenig hat das freisinnige Blatt von den Auseinandersetzungen in unsrer Partei verstanden, daß es Vernunft zumutet, sein Standpunkt sei die angeblich ruhmsüchtige, in Wirklichkeit Sombartsche Begriffsverwirrung. —

Gegen die lex Heinze. Der Verein „Berliner Presse“ hat in einer stark besuchten außerordentlichen Generalversammlung folgenden Beschluß gefaßt: Der Verein „Berliner Presse“ legt gegen die engherzigen Anschauungen von dem Wesen der Kunst, die durch die Abstimmung der Reichstags-Mehrheit zu dem §§ 184a und 184b der sog. „lex Heinze“ zum Ausdruck gekommen sind, entschiedenste Verwahrung ein und bedauert lebhaft, daß derartige unbilligste Auffassungen an solcher Stelle Anerkennung finden konnten. Insbesondere weist der Verein „Berliner Presse“ die nach Form und Inhalt unerschrockenen Angriffe des Abgeordneten Körner gegen die Person und Werke seines Mitgliedes Hermann Sudermann mit Entrüstung zurück. —

Eine Freude für Herrn Körner. Eine Anzahl Großhändler „Männer“, schreibt das „Wärz. Journal“, „hoffen sich das Buch „Nichts Selbstverfahren“ an, worin Abbildungen des menschlichen Körpers usw. enthalten sind. Des erübt der Parvater und ließ die Bücher durch Frauen einsammeln mit dem Bemerkten, er wolle mal das Buch ansehen, um sich selbst ein anzuschaffen. Statt dessen schnitt er aus den Büchern 60—80 Seiten heraus und schickte so die Bücher, von denen eines ca. 12 M. kostete, wieder an die Eigentümer zurück. Vorher soll er beim Bezirksamt gewesen sein, um sich zu erkundigen, ob die Bücher nicht verboten werden könnten, was verneint wurde. Vier der Betroffenen ließen sich die Gesichte nicht gefallen und übergaben die Sache einem Wiltberger Rechtsanwalt. Der Parvater ließ nun die Leute auf das Rathhaus laden, wo in Gemeinschaft mit dem Groß-

Heinricher Bürgermeister so auf die Leute eingewirkt wurde, daß diese die Klage wieder zurückgezogen haben; der Parrer bezahlte die bisher entstandenen Kosten, jedoch die zerschnittenen Bücher braucht er nicht zu ersetzen.

Der eifrigste Vorkämpfer der lex Heinze, Herr Kören, wird sichtlich imigtes Wohlgefallen an dem Großherzoglichen Seelsorger haben.

Das Verschwinden des Landrats Osteroth aus dem Kreise Grimmen hatten wir vor einiger Zeit gemeldet. Das „Greifswalder Tageblatt“ hatte darauf in mehreren Artikeln die Regierung in Stralsund angegriffen, weil sie trotz ständlicher Vorläufe, deren Held der verschwindende Landrat gewesen sei, nicht eingeschritten wäre. Der Regierungspräsident Scheller in Stralsund hat nun die Verurteilung des „Greifsw. Tagebl.“ wegen der Artikel beantragt. Daraufhin hat der Gutsbesitzer Veder in Barmmannshagen dem Ersten Staatsanwalt in Greifswald geschrieben:

„Soeben erfahre ich durch Herrn Redacteur Stedert, daß der königl. Herr Regierungspräsident in Stralsund wegen des Sprechsaal-Artikels in Nr. 28 des „Greifsw. Tagebl.“ vom 13. Februar d. J. Strafantrag gestellt hat. Pflichtgemäß beileide ich mich, dem Herrn Ersten Staatsanwalt hierdurch zur amtlichen Kenntnis zu bringen: 1. der fragliche Artikel ist von mir geschrieben, 2. ich bin in der Lage, gerichtlich zu beweisen, daß jede der in jenem Artikel behaupteten Thatsachen der Wahrheit entspricht und die von mir geübte Kritik eine durchaus berechnete war. Arthur Veder, Barmmannshagen bei Grimmen.“

Der Fall Osteroth dürfte, wenn er einmal in voller Oeffentlichkeit verhandelt wird, recht viel Interessantes bieten. Das Disziplinarverfahren ist mittlerweile gegen den unsichtbar gewordenen Landrat eingeleitet worden.

München, 17. Februar. Die Kammer der Abgeordneten nahm mit 82 gegen 30 Stimmen die Berggesetz-Novelle an. Eine socialdemokratische Resolution, betreffend die ständige Grubenaufsicht durch Arbeiter wurde bis zur Beratung des Berggesetzes zurückgestellt.

Die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften haben sich zur Unfallnovelle geäußert. Sie lehnen ab: Die salutarische Zulässigkeit von Mehrleistungen an die Verletzten und die Zulässigkeit der Kapitalabfindung in gewissen Fällen. Kinder unter 7 Jahren betrachten sie nicht als Arbeiter und wollen solchen keine Rente gewähren, auch wenn sie als Arbeiter in Betriebe verunglückt und lebenslang Krüppel werden. Schulpflichtigen Verunglückten wollen sie während der Dauer der Schulpflicht ebenfalls keine Rente zahlen. Die Verjährungsfrist für die Anbringung der Entschädigungsanträge wollen sie auf ein Jahr für die Verletzten und auf 6 Monate für die Hinterbliebenen herabgesetzt wissen. Auch eine anzuerkennende Forderung stellen sie auf; es sollen alle unfallversicherungspflichtigen Landarbeiter reichsgesetzlich gegen Krankheit versichert werden.

Weg, 17. Februar. Gestern nachmittag verunglückten tödlich auf dem Schießplatz bei Ploppelitz zwei Mann vom 1. Großherzoglich Hessischen Dragoner-Regiment Nr. 23 durch einen von einem Sergeanten der 5. Schwadron desselben Regiments abgegebenen Schuß. Die zwei Soldaten, welche als Anzeiger hinter der Deckung ihren Platz hatten, näherten sich der Scheibe, ohne vom Aufsichtführenden dazu Befehl erhalten zu haben. In demselben Augenblick wurde ein Schuß auf die Scheibe abgegeben. Der eine Soldat wurde ins Herz getroffen und sofort getödtet; der andre wurde in den Hals getroffen und starb heute früh im Lazarett.

Aus Santschou. Nach amtlichen Mitteilungen wurde am 11. Februar das Bahnbureau südlich von Kaumi von Eingeborenen überfallen und gibt seitdem als gefahrdet. Der Beamte des Bahnbureaus konnte nach Santschou gelangen. Der Gouverneur entsandte von Tingtau eine Schutztruppe nach Santschou und beauftragte den Hauptmann Rauve in Kaumi, mit dem dortigen Mandarinen über die Beilegung der Unruhen in Verbindung zu treten.

Ausland.

Staatliche Arbeitslosen-Versicherung.

Aus Basel wird uns unterm 15. Februar von unserm Schweizerischen Korrespondenten geschrieben:

Im Kanton Basel findet am nächsten Sonntag die Volksabstimmung über die Einführung der obligatorischen staatlichen Arbeitslosen-Versicherung statt. Da vor einiger Zeit in diesem Blatt (siehe Nummer 250: „Die Arbeitslosen-Versicherung in Basel“) die wesentlichsten Bestimmungen der bezüglichen Gesetzesvorlage mitgeteilt wurden, so erübrigt sich ein näheres Eingehen auf deren Inhalt für heute. Dagegen sei erwähnt, daß der Große Rat (Landtag) am Schluß seiner bezüglichen Beratungen einen Antrag, die Vorlage der Volksabstimmung zu unterbreiten, mit 46 gegen 12 Stimmen ablehnte. Darauf nahm die sogenannte „Gewerdepartei“ die Sache in die Hand, sammelte für ein Vergehen auf Volksabstimmung Unterschriften und brachte auch deren über 1200 auf, worauf der Regierungsrat dieselbe auf 17. und 18. Februar festsetzte.

Nun ist in der Presse und in Versammlungen seit Wochen die Vorlage erörtert worden, wobei sich zeigte, daß die Unternehmer, weil sie für jeden Arbeiter einen Wochenbeitrag von 10 bis 20 Cts. (8 bis 16 Pf.), je nach der Hülfslosigkeit der Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Gewerben zahlen sollen, und ebenso manche Arbeiter Gegner derselben seien. Die Arbeiter werden in ihrer Opposition von verschiedenen Gründen geleitet. Die einen sagen, in ihrem Gewerbe komme so gut wie nie Arbeitslosigkeit vor, sie brauchen daher keine Versicherungslosse und sie würden deshalb die ihnen zugedachte Beitragsleistung als eine ungedachte und schwere Last empfinden; andere Arbeiter, wie z. B. den Bauarbeitern und Handlangern, welche wohl wissen, daß sie häufig der Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, erscheint wohl die Vorlage recht und gut, aber sie finden die vorgesehene Beiträge zu hoch, und endlich meldeten sich auch aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Stimmen, welche eine Schädigung der Gewerkschaften durch die Arbeitslosen-Versicherung befürchten, weil die Beiträge die letzten Pfennig der Arbeiter in Anspruch nehmen und dann nichts mehr übrig bleibt für die Gewerkschaften. Dieser anscheinend nichtige Einwand der Arbeiter wird aber bei näherem Zusehen sofort hinfällig, da das Gesetz die Arbeiter vom Beitritt zur staatlichen Arbeitslosen-Versicherung befreit, welche bereits anderweitig gegen die Tage der Arbeitslosigkeit Fürsorge getroffen haben. Diese Bestimmung sollte geeignet sein, die Gewerkschaften zum Aufbau ihrer inneren Einrichtungen, also insbesondere zur Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu veranlassen, wodurch das Gesetz geradezu eine Förderung der Gewerkschaften bewirken würde. Bezeichnenderweise hat sich auch der evangelische Arbeiter-Verein dagegen erklärt, worauf zwei Mitglieder, vermuthlich die einzigen Arbeiter dieses wunderbaren „Arbeitervereins“, aus demselben ausgetreten sind. Die Socialdemokraten, die schon 1893 im Großen Rat durch einen bezüglichen Antrag den Anstoß zur Einführung der Arbeitslosen-Versicherung gegeben haben, stehen kräftig für die Annahme der Vorlage ein. Der Arbeiterbund Basel hat in einer gutbesuchten Versammlung einstimmig eine Resolution angenommen, in der er sich „in Anbetracht der Notwendigkeit gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Arbeitslosen für Annahme der vorliegenden Gesetzesvorlage“ erklärt und in der es femer heißt: „Alle Kleinlichen Bedenken müssen in Anbetracht der Notwendigkeit der Schaffung einer solchen Institution schwinden und alle Voreingenommenheit muß aufgeben im Pflichtgefühl gegenüber denjenigen Arbeitslosen und Arbeitslosenweibern, welche oft und schwer heimgefallen werden durch unverschuldeten Arbeitslosigkeit. Wir begehren damit einen Akt der Solidarität, der gewiß keine guten Früchte zeugen wird. Ist uns der vorliegende Entwurf kein muster-gültiger, so dient er doch als Grundstein, auf welchem wir später einen vollendeten Bau aufzuführen können.“

Im „Basler Vorwärts“ giebt sich Genosse Nationalrat Bull-Schlegler alle Mühe, die Arbeiter zu belehren und sie zur Annahme des Gesetzes zu bewegen, zu welchem Zweck er auf die in früheren Jahren aufgetretene ungesunde Arbeitslosigkeit mit ihrer Rot und Entbehrung im Gefolge hinweist. So gab es im Winter 1891/92 296 Arbeitslose, meistens Bauhandwerker und Handlanger; 1892/93 515 Arbeitslose mit 1235 Angehörigen; 1893/94 1339 arbeitslose Textilarbeiter und Arbeiterinnen mit 2700 Angehörigen; 1894/95 439, 1896/97 611 Arbeitslose der Textilindustrie mit 1298 Angehörigen. Im Winter 1898/99 wurden 47 000 Frank. Unterstützungs-gelder aufgebracht, wovon 11 500 Fr. Staatsbeiträge; im Winter 1896/97 dagegen konnten wegen Mangel an ausreichenden Mitteln nur 390 von 611 Arbeitslosen unterstützt werden. Nach solchen Beilagen und lehrreichen Erfahrungen sollte man meinen, die ganze Bevölkerung müßte die Arbeitslosenversicherung begreifen, und speziell die Arbeiter einmütig dafür stimmen. Andernfalls könnte man sagen, wenn nicht zu raten, dem ist auch nicht zu helfen.

Englische Kriegsdebatten.

Der Krieg kann nun, soweit die Geldfrage in Betracht kommt, auf guter finanzieller Basis fortgeführt werden. Das Unterhaus hat am Freitag die Resolution für den Krieg in Höhe von 260 Millionen Mark genehmigt, und zwar mit 218 gegen nur 32 Stimmen. Man sieht hier, daß die überwiegende Mehrheit der englischen Volksvertreter für eine energische Fortführung des südafrikanischen Krieges ist.

Dies sprach auch noch am Freitag der liberale Führer Campbell-Bannermann aus, der erklärte, daß alles, was nötig sei, für eine energische und erfolgreiche Führung des Krieges im weitesten Maße bewilligt werden müsse, ebenso alles das, was nötig sei zur Ergänzung der militärischen Verteidigung des Landes. Es besteht kein Grund, so führte Bannermann weiter aus, die Sachlage mit anglischem Gemüth anzusehen. Zur Zeit besteht gar keine Veranlassung zu einer Panik. (Beifall.) Wir werden binnen kurzer Zeit 200 000 Mann in Südafrika haben. Es hat die Ansicht bestanden, daß die von der Regierung mutmaßlich geplanten Maßnahmen darauf hinausgingen, das Land auf die allgemeine Wehrpflicht vorzubereiten. Ich hege diesen Verdacht nicht. Die geistige Rede Lord Salisbury's ist annehmend den Schluß zu, daß nach seiner Ansicht die allgemeine Wehrpflicht ein weises und nützliches System sei, das England durch die halbjährige Antipathie des Volks vorsehen werde. Aber die allein berechtigte Anwendung der Konfiskation ist die, uns gegen eine Invasion zu schützen. Unser Schatz ist die Flotte. (Beifall.) Unsere militärischen Erfordernisse hängen von der Gesamtpolitik ab. Die Ausdehnung des Reichsgebietes hat sicherlich zum Ausbruch des Krieges mit beigetragen. Aber abgesehen davon, unsere Schwierigkeiten rühren nicht von dem Krieg allein her, wie haben Schwierigkeiten und Gefahren in anderen Teilen der Welt die Stirn zu bieten, in Nord-, Ost- und Westafrika. Es liegen Verhältnisse vor, die in jedem Augenblick die Entsendung von Truppen nötig machen können. Wir haben bei der Erwerbung von Positionen in unultivierten Ländern nur an die Vorteile gedacht und die Gefahren außer acht gelassen. Ich bin bereit, jeden Vorschlag zu unterstützen, der unser Heer kriegstüchtig machen soll, aber ich bin für keine solche Verstärkung im Westen unserer Streitkräfte, die etwa zu dem Zweck geplant wäre, eine aggressive Politik des Reichs zu erleichtern. Denn unser Reich ist ein Reich des Friedens und des Handels und kann als eigentliches Militärmacht nicht bestehen.

Balfour, der darauf das Wort ergriff, führte unter anderem aus: Dem Bannermann glaubt, daß wir in Indien Verpflichtungen haben, welche anerkannt werden müssen, und daß es einfach unsere Pflicht ist, unsere südafrikanischen Kolonien festzuhalten und darauf zu sehen, daß Indien gegen eine feindliche Aktion geschützt ist, müßte er auch zugeben, daß alle diese kostspieligen Verpflichtungen des Reichs mit der Ausdehnung desselben, über die er klage führte, nichts zu thun haben, sondern auf Ereignissen in der Geschichte unsres Reichs basieren, welche fest in der Vergangenheit wurzeln und nichts mit alledem zu thun haben, für das die Regierung oder ihre unmittelbaren Vorgänger verantwortlich sind.

Die Kriegsforderung der Regierung wurde darauf, wie oben gemeldet, mit großer Majorität genehmigt.

London, 17. Februar. Ein Mitglied der liberalen Partei hat die Regierung verurtheilt, daß es über den Jameson-Einfall interpellieren werde. Man erwartet bei dieser Gelegenheit äußerst heftige Debatten und sieht mit großer Spannung der Antwort Chamberlains entgegen.

Brüssel, 17. Februar. Dr. Lehdé läßt die Nachricht dementieren, wonach er den Verrat eines Beamten der französischen Marine-Ministeriums der französischen Regierung mitgeteilt habe, nachdem er selbst Kenntnis von gewissen Umständen erlangt habe.

Von der Kaiserin-Tante.

Vom Freitag wird aus China telegraphiert: Heute wurde ein Edikt erlassen, durch das auf die Einlieferung der Reformen Kang-hu-wei und Liang, sei es lebendig oder tot, eine Belohnung von 100 000 Taels gesetzt wird.

Der Haß der Kaiserin-Tante gegen den Reformen und ebenso ihre Macht müssen unbeschränkt sein. Schon im Dezember vorigen Jahres, noch ehe die letzte Kalkulation des Kaisers erfolgte, wurde ein Rechtungsdekret gegen den früheren Ratgeber des Kaisers erlassen, das dem Kaiser offenbar aufzuzwingen worden war. Aus Peking wird bereits vom 31. Dezember geschrieben:

Vor kurzem erschien in der „Peking Post“, dem Reichsanzeiger Chinas, ein Edikt, das zwar im Namen des Kaisers Kwangju veröffentlicht, aber ihm wirklich gegen seinen Willen diktiert ist. Darin werden zunächst der Kaiserin-Tante überschwängliche Lobeserhebungen für die hohe Weisheit gesendet, mit der sie dem Kaiser von seiner frühen Jugendzeit an als Vormund gedient hat. Der Sohn des Himmels gesteht dann ein, daß er, bedrängt durch die Abnahme der Macht und des Ansehens seines Reiches, die sich seit dem Kriege mit Japan in immer zunehmendem Maße bemerkbar gemacht habe, darauf bedacht gewesen sei, einen Helfer in der Not zu finden. Sein früherer Lehrer und Berater, der im vorigen Jahre gestirbt und jetzt unter Polizeiaufsicht gestellt Wen-tung-ho — einer der Witunterzeichner des Kiautschou-Vertrages — habe ihm dann den Hochverräter Kang-hu-wei empfohlen, indem er ihn als hundertmal klüger als er selbst geschildert habe. Kang-hu-wei habe alledem mit einer Notte von Gleichgesinnten ein Komplott geschmiedet, um den Kaiser zu einer pietätlosen Handlung (d. h. zur gewaltsamen Entsetzung der Kaiserin-Mutter) zu verleiten, dann die Dynastie zu kürzen und China in eine Republik zu verwandeln. Als Kwangju diese teuflischen Pläne entdeckt habe, hätte es seiner infandigsten Bitten bedurft, um seine Tante wieder zur Ueberrahme der Regierung zu bewegen. Sobald sie wieder die Zügel der Regierung ergriffen habe, sei sofort alles gut gewesen. Dem Kaiser wird dann weiter in den Mund gelegt, daß zwar die meisten seiner Unterthanen die von Kang-hu-wei verbreiteten Lehren als verbrecherisch und staatsgefährlich verabscheuten, daß es leider aber noch Leute genug gebe, die zwischen Wahr und Falsch, Loyalität und Hochverrat nicht zu unterscheiden verstanden. In ihrer Verleumdung wird erklärt, daß zwischen dem Kaiser und seiner Adoptivmutter das beste Einvernehmen herrsche, und ihr einmütiges Wirken zum Heile des Reichs durch keinerlei Mißklang gestört werde. Sodann verkündet das Edikt, die Regierungsmagazine der kaiserlichen Ämtern müßten für alle Zeiten als Vorbilder dienen, das heißt also, daß von Reformen nicht mehr die Rede ist; der Kaiser beschaffte sich Tag aus Tag ein mit der Stärkung der Wehrkraft und Hebung des Volkswohls; während die Kaiserin stets die Sicherung der Integrität des Reichs-

gebiets und der guten Beziehungen zu den Nachbarländern im Auge habe. Zum Schluß wird beklagt, daß es dem Hochverräter Kang-hu-wei und seinem Spießgesellen Liang-tsi-hao gelungen sei, ins Ausland zu fliehen und daß sie daher der gerechten Bestrafung entgangen seien. Sie werden von neuem für vogelfrei erklärt und ein hoher Preis auf ihre Ergreifung gesetzt; wenn es nicht gelingen sollte, sie lebendig einzufangen, so soll jeder, der nachweisen kann, daß er auf irgend eine Weise ihren Tod herbeigeführt hat, reichlich belohnt werden. Das Edikt schließt somit mit offener Aufreizung zum Morde der in Hongkong unter britischer Schutze lebenden Flüchtlinge und jetzt dadurch von neuem, wie tief man in China noch in der Barbarei steht.

Die oben gemeldete erneute Ausfertigung einer Belohnung auf die Ergreifung oder Ermordung des Reformers zeigt freilich, daß die Ausfertigung der Prämie bis jetzt ihren Zweck noch nicht erreicht hat.

Italien.

Die Ehrung Giordano Bruno ist auch in Rom, der Stätte des Märtyrertodes des der Kirche verhassten Forschers, verboten worden. In ihrem Eifer, einen ungehörigen Verlauf des kirchlichen Jubeljahres zu sichern, geht die italienische Regierung weiter, als ihr selbst vielleicht dienlich ist. Gestern hat sie eine von der römischen Studentenschaft beabsichtigte Ehrung Giordano Bruno an der Stätte seines Märtyrertodes ausfallen verhindert, heute bringt an den Strahlenenden Roms ein Maueranschlag des Polizeidirektors, der jedwede öffentliche Versammlung oder sonstige Kundgebung zu Ehren Giordano Bruno's untersagt.

Franzosen.

Eine Verrats-Affaire beschäftigt gegenwärtig die Oeffentlichkeit. Ein Beamter des Marineministeriums, Namens Philipp, soll Ende Dezember und Anfang Januar an den englischen Botschafter und das englische Kriegsschiff Briefe gerichtet haben, in welchen er anbot, die Namen jener Schiffe anzugeben, welche Munition und Kriegsmaterialien nach Transvaal bringen sollten. „Libre Parole“ will wissen, Philipp habe dem englischen Botschafter Briefe betreffend eine geheime Mission angeboten, mit welcher er von Dr. Lehdé betraut sein sollte. Philipps Briefe seien auf der Post abgefangen worden. Er soll geflohen sein und sich gegenwärtig in England aufhalten. Der „Antagonist“ beschuldigt den Marineminister, die Flucht Philipps begünstigt und alles aufgetrieben zu haben, die Angelegenheit zu vertuschen.

Französische Kolonialpolitik. Der Abgeordnete Duchêne hat ein Telegramm aus Martinique erhalten, wonach der ganze Süden der Insel sich im Aufstand befindet. Sämtliche Fabriken sind geschlossen. Ein Teil der Ernte wurde vom Feuer zerstört. Die meisten Eigentümer verlassen ihre Häuser. Die Lage ist sehr ernst. Der Gouverneur ist ohnmächtig, um die Ruhe wieder herzustellen.

300 Kinder erschossen? Das „Zeit Journal“, der Pariser „Lokal-Anzeiger“, veröffentlicht ein Sensations-Telegramm aus Guatemala, nach welchem bei einem Kinderfest, dem der Präsident Cabrera beizuwohnte, mehrere Kinder durch Abstürzen von einem Borda-erlegt wurden. Es entstand ein Tumult, Cabrera, der glaubte, daß ein Attentat gegen ihn beabsichtigt sei, befahl den Soldaten vom Ehrendienste, zu feuern. Die Soldaten schossen auf die Kinder, von denen 300 getödtet sein sollen.

Die Nachricht wird zwar vom Depeschebureau Wolff weitergegeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich der Vorgang doch etwas anders abgespielt hat.

Rußland.

Es wird weiter „verschärft“, und zwar diesmal hohes Militär. Der offizielle „Mentionsheft“ meldet: Der Kaiser bestätigte die folgenden, in einer besonderen Session des Petersburger Militärbezirksgerichts gefällten Urteile betreffend: den Generalmajor des Donischen Kosakenheeres Ilovaiski wegen Vergehens, das er verübte zur Zeit, da er Kommandeur der Leibgarde-Kosaken des Kaisers war; den Obersten Popow für ein Vergehen, das er beging zur Zeit, als er Gehilfe des Kommandeurs der Leibgarde-Kosaken des Kaisers war, und den Stabsrittmeister Kundrjuzki für ein Vergehen während seiner Thätigkeit als stellvertretender Geschäftsführer des wirtschaftlichen Teils der Verwaltung des genannten Heeres. Alle drei wurden zum Verlust des Adels, zum Verlust der Ehrgrenzen, Orden und anderer Auszeichnungen, zur Entziehung der Standesrechte und zur „Anfesselung“ in Sibirien verurteilt.

Der Streik der Bergarbeiter.

Aus Wien wird uns vom 16. Februar geschrieben: Vom Streik ist nichts zu berichten, und das ist das Beste. Auch von einem Ausstande gilt das, was man von den Frauen sagt: Das Beste Weib ist das, von dem man nicht spricht. Die Bergarbeiter streiken, sie arbeiten nicht, Streikbrecher stoßen und hängen nicht ihren Kampf und so kann die kämpfende Armee gelassen abwarten, bis die Not die hartherzigen Kohlenmagazine zu Paaren treibt. Die Verhandlungen sind an allen Punkten abgebrochen, sämtliche Einigungsämter haben ihre Thätigkeit bereits eingestellt, und so ist aus dem jähren Kassensturz der gezeichneten Kohlengräber ein eckter und hartnäckiger Klassenkampf geworden, dessen Umfang und Festigkeit die größeren Vorkämpfer der modernen Zeit in Schatten stellt. Eine wenn auch geringe Hoffnung ruht sich auf den Zusammentritt des Parlaments, der bekanntlich nächsten Donnerstag erfolgt. Es ist ungewiss, ob der Streik sofort, vielleicht schon in der ersten Sitzung, zur Sprache kommen wird, und die Kohlenausbeute werden von dem höchsten Forum des Reichs Worte hören, die ihnen geltend an die Ohren klingen werden. Es ist auch sicher, daß das Abgeordnetenhaus selbst ohne Mißhilfe der Regierung die brennende Frage der Kohlenknappheit in Arbeit nehmen wird. Ob die Verpötnisse, daß die Kohlenmagazine dem Kohlenstudenten nicht entgegen werden, sie zur Nachgiebigkeit bestimmen wird, muß abgewartet werden. Jedenfalls wird die nächste sechste Woche des Ausstandes auf seine Festigkeit eine schwere Probe sein, aber es ist sicher, daß sie bestanden werden wird.

In Sachsen nimmt der Streik trotz der behördlichen Maßnahmen, über die wir an anderer Stelle berichten, an Umfang zu. In einigen Schächten fand gestern der Betrieb ganz still, so daß auch die wenigen Arbeiter, die erschienen waren, entlassen werden mußten, da sie den Betrieb nicht anrecht erhalten konnten. Mehrere Gewerke weisen bis zu 70 Proz. Streikender auf. Das Streikomitee hatte noch einmal den Versuch unternommen, mit den Werkstätten zu verhandeln, jedoch ist auch diese Annäherung ergebnislos verlaufen, da die Besitzer jede Verhandlung ablehnten und alle Forderungen zurückwiesen. Diese Haltung imponiert natürlich den Schachmachern und man ist in industriellen Kreisen bemüht, so viel wie möglich die Position der Grubenbesitzer zu stärken. So ist in Chemnitz in der Werkzeugmaschinenfabrik von Hunger u. Claus eine Bekanntmachung angeschlagen, in der jedem Arbeiter 10 Mark Belohnung zugesprochen werden, für die Angabe, daß in der Fabrik für die streikenden Bergarbeiter gesammelt wird. Sehr hoch muß die Fabrik den Charakter der Arbeiter nicht einschätzen, wenn sie glaubt, auf diese Art Denunzianten heranzuziehen. Solche Verordnungen sind aber vor allem bezeichnend für die Abhängigkeit der Arbeiter und die Behandlung, die ihnen zu teil wird. Der Unternehmer verleiht einfach seinen Lohnlosen, ihrer Sympathie durch einen Beitrag für die Streikenden Ausdruck zu geben; er greift in ganz willkürlicher Weise in die persönliche Freiheit des Arbeiters ein, er verbietet ihnen, etwas zu thun, was gesetzlich erlaubt ist. Nur weil der Kapitalist die Machtmittel hat, dem Arbeiter Lohn und Beschäftigung zu geben, verlangt er auch die Preisgabe einer Pflicht

der Arbeiter gegen die übrigen Arbeiter und drückt sie zu Trägern seiner Interessen herab. Das ist der Terrorismus des Unternehmertums, gegen den anzukämpfen unausgesetzte Pflicht der Arbeiterklasse ist.

Ueber die Lage im Zwickauer Revier wird uns geschrieben: Immer mehr und mehr richten sich die Reiben der Arbeitswilligen. Auf einigen Werken ist der Betrieb gänzlich eingestellt. Auf einigen Werken haben gestern sogar die Maurer und Zimmerleute die Arbeit niedergelegt. Selbstverständlich suchen gegnerische Zeitungen alles anzuhäufeln, um den Streikenden die Lage als so ungünstig wie nur möglich auszumalen, um Verwirrungen in die Massen zu bringen. Das „Zwickauer Wochenblatt“ speziell stellt sich auf die Seite der armen Grubenbarone und leitarbeitet gegen die gerechten Forderungen der Bergarbeiter. Die Bergarbeit wird in so rosigem Lichte gemalt, daß wir annehmen möchten, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit die Medication der genannten Zeitung sich jedenfalls zur Bergarbeit melden werden. Weiter berichtet das Blatt, daß Herr v. Meyß, nachdem er seine Rundreise durch das Revier beendet, auf der hiesigen Amtshauptmannschaft mit den Vertretern der Unternehmer sowie mit Beamten der polizeilichen und der Bergbehörden eine Besprechung gehabt habe. Dort habe Herr v. Meyß erklärt, auf Befehl des Königs nach hier gekommen zu sein. Am Schlusse der Beratungen habe er ausdrücklich hervorgehoben, daß die königliche Staatsregierung fest entschlossen sei, den Arbeitswilligen energischen Schutz angedeihen zu lassen. Jedemwelche Mitteilung an die Streikenden ist bis heute noch nicht eingetroffen, aber gestern, nachdem die Besprechung dieser Herren stattgefunden hatte, wurde folgende Bekanntmachung auf den einzelnen Werken erlassen:

Diejenigen Arbeiter, welche bis Dienstag, den 20. Februar dieses Jahres, die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, sind von dem genannten Tage an auf Grund von § 80a, Ziffer 5 des allgemeinen Vergesetzes für das Königreich Sachsen vom 10. Juni 1868 entlassen.

Februar 1900. Die Grubenverwaltung. Das Blatt sucht die Streikenden einzuschüchtern, indem es andeutet, daß diejenigen, welche nicht zur festgesetzten Zeit zur Arbeit zurückkehren, ihrer Ansprüche an die Anwartschaftspensionskasse verlustig gingen. Selbstverständlich lassen sich die Streikenden durch derartige Drohungen nicht beirren.

Auch weiß das Blatt bereits zu berichten, daß Arbeitswillige belästigt und verhöhnt werden, und weist speziell auf einen Fall hin, wo sich bei ihnen ein Arbeitswilliger beschwert habe, daß er auf der Straße verlacht und verhöhnt wurde und förmlich Spiechreden habe laufen müssen. Bekannt ist bis dato hierorts nicht das geringste über Ausschreitungen, im Gegenteil wird allgemein konstatiert, daß die Haltung eine musterhafte ist.

Einige Werke, welche bis heute vollständig arbeiteten, haben sich ebenfalls dem Streik angeschlossen, darunter auch das Werk „Vereinigungsgrube“.

Die Streiklisten sind noch nicht vollständig, da immer mehr neue Streikende hinzukommen. Nach unserer Berechnung können wir ruhig behaupten, daß 70 Proz. im Anstand stehen.

Im Oelschauer Revier streiken, wie uns von dort mitgeteilt wird, bis jetzt 3500 Mann. In den nächsten Tagen werden noch eine Reihe Versammlungen stattfinden, und es sieht zu erwarten, daß sich die Zahl der Streikenden noch bedeutend vermehren wird. Am Freitagabend fand in Oelschauer eine Versammlung statt, die schon lange vor Beginn überfüllt war. Sie wurde besonders interessant durch die Anwesenheit des Amtshauptmanns von Chemnitz. Derselbe griff auch in die Verhandlungen ein, suchte er die Ausführungen des ehemaligen Bergarbeiters Hemke aus dem Blauschen Grund zu widerlegen, machte aber durchaus keinen Eindruck auf die Anwesenden. Die Resolution, durch welche zum Ausscharen im Kampfe aufgefordert wurde, fand — trotzdem eine Anzahl Steiger anwesend waren — einstimmige Annahme. Der Geist der Streikenden ist ein guter und die Haltung ist musterhaft.

In den bisher vom Streik nicht betroffenen Bezirken Halle, Zeitz, Weiskensfeld werden die Bergarbeiter am Sonntag in neuen Versammlungen die Forderungen der Bergarbeiter besprechen. Die Bergarbeiter sind darüber, daß die Bergbehörde die Vermittlung abgelehnt hat, sehr aufgeregt und es wird am Montag zweifellos zur Arbeitseinstellung kommen.

Der Berg- und Hüttenarbeiter-Verband bemüht sich, soweit es in seinen Kräften steht, den Streikenden mit Rat und That zur Seite zu stehen. Anfanglich schien es, als ob im Ruhrgebiet auch der christliche Bergarbeiter-Verband dem Beispiel folgen würde, besonders da es sich hier um sehr unbedeutende Forderungen handelte. Herr Brust, der Vorsitzende des christlichen Gewerkevereins, hatte denn auch vor einigen Tagen nach Rücksprache mit seinen Kollegen vom Vorstand des Gewerkevereins die unterdessen in der Presse bekannt gegebenen Forderungen an die Grubenbesitzer im Ruhrgebiete gutgeheißen, jetzt hat er sich aber anders überlegt. Er hat zwar gegen die Forderungen nichts einzuwenden, will sie aber nicht in Gemeinschaft mit dem alten Verband stellen, richtet vielmehr in der neuesten Nummer des „Vergnappens“ an der Spitze des Blattes eine „strenge Abgabe an die Leiter der Bewegung in Deutschland“. Er will, so versichert er am Ende seines langen Artikels, sofort mit einer selbständigen Eingabe an den „Verein für die bergmännischen Interessen und die Aufgruben“ herantreten.

Warten wir ab, ob Herr Brust mit seinen Bemühungen Erfolg hat, die Ausschüchtlungen werden kaum günstiger für ihn stehen, wenn er auch die Gemeinschaft mit dem Berg- und Hüttenarbeiter-Verband ablehnt.

Sociale Rechtspflege.

Accordarbeit und Restlohn. Die Kammer IV des Gewerbegerichts hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem interessanten Rechtsstreit zu beschäftigen, den vier Zischler gegen die Firma Ferdinand Vogts u. Komp. angehängt hatten. Die Kläger B. und F. verlangten je 45 Mark, der Kläger M. 38,30 Mark, und der Kläger Z. 85 Mark Restlohn. Sie hatten diese Ansprüche damit begründet, daß ihnen für eine bestimmte Arbeit, die sie zunächst in Accord übernommen hatten, ein Wochenlohn von 80 M. garantiert worden sei. Trotzdem hätten sie bis zu ihrer widerrechtlichen Entlassung am 5. Dezember jede Woche nur das Kostgeld von 24 M. erhalten. Außer den angegebenen Restbeträgen beanspruchten die Kläger B. und F. noch je 16,20 M. als Lohnentschädigung aus § 124b der Gewerbe-Ordnung. Im Laufe des Verfahrens — die Kammer hatte in mehreren Sitzungen mit der Sache zu thun — war vom Mithhaber der beklagten Firma, Herrn Ebbstein, die Wiederklage wegen Kontaktsbruchs erhoben worden. Ebbstein verlangte von jedem Kläger 16,20 M. auf Grund des § 124b der Gewerbe-Ordnung und machte geltend, Herr Vogt habe die Leute am 5. Dezember gar nicht entlassen. Im Gegenteil, die Kläger seien ohne rechtlichen Grund aus der Fabrik hinausgegangen. Sie hätten deshalb auch keinen Anspruch auf jene obengenannten Restbeträge, denn trotz der Zusage seinerseits, sie sollten bei der fraglichen Aushilfsleistung mindestens wöchentlich 30 M. verdienen, sei die Arbeit u. Accordarbeit geblieben. Es sei den Klägern lediglich ein Mindestlohn von 20 M. garantiert worden, d. h. die Firma wäre zu entsprechenden Anzahlungen verpflichtet gewesen, wenn sich nach tadelloser Fertigstellung des Accords ergeben hätte, daß bei einer Verteilung des Accordpreises auf die einzelnen Wochen der wöchentliche Verdienst 30 M. nicht erreiche. Wegen der Arbeitsniederlegung könne von Anzahlungen nicht die Rede sein. Die Angaben des Herrn Ebbstein über die Lohngarantierung bestätigten seine Zeugen, während ein Zeuge der Kläger der Auffassung war, daß die 80 M. jeden Sonnabend ausgezahlt werden sollten. — Genosse Robert Ahrens, der zwei der

Kläger vertrat, betonte nunmehr, daß die Forderungen der Leute auch dann begründet wären, wenn keine Entlassung vorläge. Sie wären in diesem Falle zum sofortigen Verlassen der Arbeit berechtigt gewesen, weil sie Herr Ferdinand Vogts grob beleidigt habe, als sie wegen der Auszahlung der 30 M. im Comptoir vorstellig wurden. Er habe sie „Dred“ und „Dummier“ genannt. Ein Zeuge der Kläger, Tischler G., beschwor, dies gehört zu haben. Dagegen beschworen zwei Zeugen der Beklagten, nämlich ihr Fabrikdirektor und ein anderer Angehöriger, sie hätten die Ausdrücke nicht gehört, obwohl sie ganz nahe bei Herrn Vogts gestanden hätten und die Worte eigentlich hätten hören müssen. In dem folgenden Rededuell zwischen Ahrens und Ebbstein, die beide als Gewerbegerichtsbeisitzer häufig zusammen Recht gesprochen haben, hob Ahrens hervor, daß die positive Bekundung des Zeugen G. mehr gelte, als die verneinenden Aussagen der anderen Zeugen.

Nach zweistündiger Verhandlung wurden die Beklagten verurteilt, an die Kläger B. und F. je 45 Mark, an M. 38,30 Mark und an Z. 85 M. zu zahlen. Mit ihrem Entschädigungsanspruch aus § 124b der Gewerbe-Ordnung wurden sowohl die Beklagten, als auch die Kläger abgewiesen. Der Vorsitzende Dr. Gerth führte begründend aus: Die Kammer habe das Hauptgewicht auf die Aussage des Zeugen G. gelegt, da dieser positiv bekundet habe, daß die Ausdrücke Dred und Dummier gegen die Kläger von Vogts gebraucht worden seien. Zwei andre Zeugen hätten nur zwar ebenfalls eidlich ausgesagt, sie hätten die Worte nicht gehört, obgleich sie sie hätten hören müssen. Das sei doch aber immerhin nur ein subjektives Urteil. Jedenfalls sei der Gebrauch jener Worte als erwiesen anzunehmen. Da sie eine grobe Beleidigung der Kläger enthielten, hätten diese die Arbeit unfertig liegen lassen dürfen. Ferner sehe aber den Klägern auch der ihnen für den Fall tadelloser Fertigstellung des Accords garantierte Wochenlohn von 80 Mark zu, weil die Kläger durch die grobe Beleidigung an der Fertigstellung gehindert worden seien. Damit falle die Wiederklage der Firma. Die Lohnentschädigung von 16,20 M. könne den Klägern B. und F. jedoch nicht zugesprochen werden, denn in der Klage hätten sie selbst erklärt, die Klage sei ausgeschlossen gewesen.

Anfechtung eines von einem Bevollmächtigten abgeschlossenen Vergleichs durch den Vollmachtgeber. Ein Dame, die als Vertreterin des Unternehmers Ziedle vor dem Gewerbegericht erschienen war, hatte mit dem Kläger einen Vergleich abgeschlossen. Herr Ziedle beantragte darauf einen andern Termin und begründete dies Verlangen damit, daß er den Vergleich nicht billigen könne. Der Termin wurde ihm gewährt; der Vorsitzende Dr. Meier rief ihm jedoch namens des Gerichtshofs, den Vergleich aufrecht zu erhalten, wozu sich Z. auch bewegen ließ. Der Vorsitzende teilte dem Beklagten hierauf mit, daß im Weigerungsfall der Gerichtshof den ersten Vergleich für bindend erklärt hätte. Wenn die Vertreterin auch nur eine Terminvollmacht gehabt habe, so hätte Z. sie doch vorher informieren müssen, daß sie keinen Vergleich abschließen solle. Bei einer eventuellen Ueberschreitung der Vollmacht hätte er sich dann an die Vertreterin halten können.

Lösung des Arbeitsverhältnisses durch gegenseitiges Einverständnis. Die Blumenbinderin S. war mit ihrer Arbeitgeberin Lohniger in Streit geraten und hatte zu ihr gesagt: Wenn Ihnen meine Arbeit nicht gefällt, dann laß ich ja gehen. Fräulein Lohniger antwortete: Na ja, wenn Sie wollen? Hierauf forderte die Binderin ihre Papiere und ihr Geld. Sie verklagte trotzdem Fräulein S. wegen unrechtmäßiger plötzlicher Entlassung auf Gewährung einer Lohnentschädigung. Das Gewerbegericht nahm aber an, die oben wiedergegebenen Äußerungen der Parteien bedeuteten ein gegenseitiges Einverständnis, das Arbeitsverhältnis zu lösen. Die Klage wurde deshalb für unberechtigt erklärt. Die Klägerin verzichtete darauf freiwillig, bevor das Urteil rechtskräftig ausgesprochen wurde.

Der Krieg.

General French ist mit seiner Armee unumschränkter Herr der Diamantstadt Kimberley. In besonderen Kämpfen ist es bei dem Vordringen der Engländer überhaupt nicht gekommen. Die Boeren haben ohne Kampf naheinander Jacobsdal, Alexandersfontein und Magersfontein aufgegeben und nur an einer Furt des Modderflusses haben Voerenabteilungen die Truppen des Generals French aufzuhalten gesucht.

Die wichtigste Nachricht vom heutigen Tage ist die folgende: London, 17. Februar. Dem „Neuerischen Bureau“ wird aus Jacobsdal von gestern gemeldet:

General Cronje ist mit 10 000 Mann in vollem Rückzuge auf Bloemfontein begriffen und wird von General Kelly-Kennys verfolgt. Die Boeren nahmen am Mittwoch einen großen Convoi.

Ob es sich um wirkliche Flucht der Boeren handelt, oder ob sie sich nur weiter nach Osten in ihre Berge hineinziehen, um dort ihrer nördlich vom Zuzela besetzten Taktik entsprechend den Angriff des Feindes in gedeckten Stellungen zu erwarten, darüber ist ein Urteil kaum möglich, so lange man allein auf die kurzen englischen Kriegesdepeschen angewiesen ist. Die sich in vielen Fällen als sehr trügerisch erwiesen haben. Wer weiß, ob der Siegesjubel in London nicht doch verfrüht ist und ob die Engländer bei einem Vormarsch auf Bloemfontein nicht doch manche harte Auh zu Inaden bekommen.

Die weiteren Nachrichten vom westlichen Kriegsschauplatz lauten: Jacobsdal, 15. Februar. Die Engländer besetzten heute Jacobsdal nach einer Reihe heftiger Kämpfe mit einer geringen Voerenabteilung. Die Artillerie beschloß das anliegende Gebiet und vertrieb den Rest der Boeren. Die Division French demütigte sich dreier Kurten des Modderflusses. Die Boeren waren an einer Furt stark verhaszt, wurden aber durch die Artillerie vertrieben. French rückte dann schnell gegen Kimberley vor. Die Boeren räumten Alexandersfontein, das darauf besetzt wurde.

London, 18. Februar. Feldmarschall Lord Robert meldet unter dem heutigen Datum: General French hat heute morgen folgendes mitgeteilt: Ich habe den Feind an der Südküste von Kimberley sowie von Alexandersfontein bis Oliphantsfontein gänzlich vertrieben und bin jetzt im Begriff, sein Terrain zu besetzen. Ich habe ein feindliches Lager mit Lebensmitteln- und Munitionsdepots eingenommen. Unser Gesamtverlust ungefähr 20 Mann. Kimberley wohl und munter.

Weiter meldet Feldmarschall Roberts aus Jacobsdal: Ich habe guten Grund, zu glauben, daß die Boeren die Verschanzungen bei Magersfontein aufgegeben haben und zu entkommen suchen. French säubert das Gebiet nördlich von Kimberley. Eine von Kelly-Kennys Infanterie-Regimenten verfolgte einen sehr großen Convoi, der sich in der Richtung auf Bloemfontein bewegte.

London, 17. Februar. Ein Telegramm des Feldmarschalls Lord Roberts aus Jacobsdal vom heutigen Tage meldet: General Kelly-Kenny erbeutete gestern 78 Waggons, die mit Vorräten, darunter zwei mit Mäusergewehren, beladen waren, ferner 8 Kisten Granaten und 10 Fässer mit Sprengstoffen; die Leute gehörte dem Lager Cronjes an, welches die britische Artillerie noch beschloß, als Kitchener vorstehende Meldung abhandelte.

Jacobsdal, 17. Februar. Wegen der Erschöpfung seiner Jagdhasen hat Cronje mit den ihm verbliebenen Waggons ein Lager bilden müssen, das Kelly-Kennys Artillerie gegenwärtig energisch beschickt.

Siegesjubel in London.

Die Nachricht vom Entsch Kimberleys und der Besinnahme von Jacobsdal hat hier begreiflicherweise eine unendliche Freude hervorgerufen, und „our Bobs“ (Koffenname für Lord Roberts) ist der Mann des Tages. Auf dem Strand herrscht ein lebhaftes Treiben bei schönstem, lange entbehrtem Sonnenschein. Überall sieht man Gruppen, welche das Ereignis besprechen. In vielen Schaufenstern ist die gute Nachricht mit Blauschrift geschrieben, ausgehängt. Die gedrückte Stimmung wich dem Uebermut. Die Omnibuskondukteure riefen den Fahrgästen zu: „Kommen Sie mit, zwei Pence nach Pretoria!“ Der Jubel um dem Kriegssamt ist kolossal. Die Damen sind am lauteften in ihren Freudebegründungen. Die Beamten lachten seit langer Zeit zum erstenmal wieder, an der Börse war man außer Rand und Band und konnte sich nicht genug thun, „good old Bobs“ hochleben zu lassen. Der Lordmayor erklärte etwas schnell, daß sei der Anfang vom Ende.

Die „Times“ bezeichnen den Entsch als solide Errungenschaft, die die Begrüßung, mit der die Nachricht im Inland und in den Kolonien aufgenommen wurde, völlig rechtfertige. Der „Standard“ meint, die Operationen des Generals French, so glänzend sie auch gewesen, seien nur das Vorspiel des Dramas, dessen Hauptakt die Zertrümmerung der Streitkräfte Cronjes bei Magersfontein sein müsse. Man dürfe bald von der größten Schlacht des Krieges, die bislang geliefert worden ist, hören, vorausgesetzt, daß die Boeren nicht bereits geflüchtet seien. Dies scheint indes nicht wahrscheinlich, da der Vormarsch der Briten in der Richtung, in der er stattfand, nicht erwartet wurde. Die Lage sei demnach ungewiss, zweifelhaft günstig und dürfe in Kürze auf diesem Teile des Kriegstheaters entscheidungsvoll werden. Eine Kapituliert Drahtung besagt, General French wurde Donnerstagabend in Kimberley mit härmlicher Begeisterung empfangen.

Vom Rückzug der Engländer

auf dem mittleren Kriegsschauplatz liegen jetzt näher Nachrichten vor. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Raanapoort vom 13. Februar: Ein sehr heftiges Gefecht fand auf beiden britischen Flanken in der Nähe von Kensburg statt. Der Feind, welcher den Engländern an Zahl überlegen, war etwa 4000 Mann stark. Eine Patrouille der Junifliling-Dräger wurde von etwa 500 Boeren umzingelt, sie bahnten sich jedoch tapfer einen Weg ohne einen Mann zu verlieren. Eine Compagnie des britischen Ken-Siddwales-Regimentes wurde dagegen niedergemacht. Die Wajonette der Leute weisen jedoch die Spuren eines blutigen Kampfes mit dem Feinde auf. Von 5 Offizieren der Kolonialtruppen ist nur einer in das Lager zurückgekehrt. Es wurde eine strategische Rückwärtsbewegung nach Arandel beschlossen, unsere Geschütze vom Golestrop sind glücklich zurückgedracht worden, ein Magazin geschädigt wurde zerstört, um zu verhindern, daß es in die Hände der Feinde falle. Keim verwundete Offiziere und 45 Gemeine sind in das Feldlazarett von Raanapoort gebracht worden, die Zahl der Gefallenen ist zur Zeit noch unbekannt.

Vom 14. d. M. wird aus Raanapoort gemeldet: Die Engländer räumen den vergangenen Nacht Kensburg, liegen daselbst eine Menge Vorräte zurück und konzentrierten sich in Arandel. — Zwei Compagnien des Wilshire-Regimentes verloren, als sie sich vom Kloof-Lager zurückzogen, den Weg und werden vermisst; ihr Aufenthalt ist jedoch bekannt. Voraussichtlich werden sie heute Abend befreit werden.

Lord Roberts über die deutschen Krankenpfleger.

Das Londoner Kriegsamt veröffentlicht nachfolgendes Telegramm des Feldmarschalls Lord Roberts aus Jacobsdal: Ich bin sehr befriedigt, bei meiner Ankunft hier bewunderungswürdige Hospital-Einrichtungen zu finden, die von der deutschen Ambulanz unter den Doktoren Kätner und Hildebrand getroffen sind. Beide Herren mit ihrem Personal erweisen sowohl unsem Verwundeten wie den der Boeren die größte Freundlichkeit. Einige unserer Verwundeten sind seit Dezember hier, andre wurden gestern eingebracht. Ich habe das Hospital besucht und bin höchst befriedigt über das, was ich gesehen habe; es liegen daselbst zwei Offiziere und etwa 35 von unsren Verwundeten.

Kapstadt, 17. Februar. Der Kommandant Pretorius ist nach Robbertwer gesandt worden, um den Boeren ausgeliefert zu werden.

Letzte Meldungen.

London, 17. Februar. Die Abendblätter melden aus Sterkstrom von heute: Die Boeren begannen heute früh den Vormarsch auf die englischen Stellungen bei Molteno. Sie führten einige Geschütze mit sich und eröffneten das Feuer auf die englischen Feldwachen.

Paris, 17. Februar. Dem „Tempo“ wird aus London gemeldet: Die Boeren dringen in der Kapkolonie energisch vor. Auf dem Kriegssamt hegt man ernste Besorgungen bezüglich der Verbindungslinie des General Roberts. Der Vorstoß der Boeren, welcher gestern bis Kensburg reichte, scheint sich schon bis zur Linie de Waar-Kimberley erstreckt zu haben. Die Postverwaltung gibt bekannt, daß die Verbindung mit Kimberley noch nicht oder nicht mehr offen ist. In militärischen Kreisen herrscht allgemein der Eindruck, daß der Zug des Generals French zu gut gelungen sei, mit andern Worten, daß General Roberts überflügelt und abgeschnitten worden sei.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Amerikanische Schlanheit.

Washington, 17. Februar. (S. S.) Laut dem Samoabertrag geht die Insel Tutuila nicht vollständig in den Besitz Amerikas. Letzteres wird nur über den Hafen und das Landgebiet Pago-Pago Souveränität ausüben, desgleichen das Protektorat über einen Teil der Insel. Hierdurch eripat Amerika die Verwaltungspflicht außerhalb des Hafengebietes.

Kaiserslautern, 17. Februar. (S. S. S.) Amtliche Meldung. Infolge heftigen Sturmwindes liefen am 16. d. M., abends 8 Uhr, auf Station Kayweiler zwei Wagen auf die Strecke hinaus und stießen etwa 150 Meter außerhalb der Station gegen den einfahrenden Arbeiterzug Nr. 400. Bei dem Zusammenstoß wurden eine Person schwer, drei Personen minder verletzt. Die Maschine und vier Wagen entgleisten. Der Verkehr ist vorerst gesperrt und wird im Laufe des Tages wieder aufgenommen. Die Reisenden müssen an der Unfallstelle umsteigen.

Paris, 17. Februar. (S. S. S.) Rahmud Pascha und seine Söhne haben an die Zeitungen einen Brief gerichtet, in welchem sie die Gerüchte, wonach sie beabsichtigen, nach Konstantinopel zurückzukehren, für unbegründet erklären.

Paris, 17. Februar. (S. S. S.) Im Beisein der Minister Waldeck-Roussau und Delcasse sowie des Vorkassiers Constans fand heute im Elisee die feierliche Ueberreichung der Insignien des „Luziaz-Ordens“ an den Präsidenten Loubet durch die vom Sultan entsandte Abordnung statt.

Brüssel, 17. Februar. (S. S.) Das sozialistische Organ „Peuple“ veröffentlicht eine Erklärung, bereitet „An christliche Leute“, unterzeichnet von der Gruppe der sozialistischen Abgeordneten, worin die Namen aller früheren Verteidiger der Privilegien der Nationalbank angegeben sind. Es sind 48 Unterschriften früherer Minister, Senatoren und Abgeordneter, die inzwischen direkt oder indirekt Stellung bei der Nationalbank erhalten, die ihnen ein Jahresgehalt von 70—80 000 Frank einbringt.

London, 17. Februar. (S. S.) Die Regierung verfügte den Bau einer Telegraphenlinie durch Afghanistan, welche die indische Station Schamant mit Kabul verbindet.

Sofia, 17. Februar. (S. S.) Infolge des kategorischen Verlangens des Kriegsministers wurde der Kreispräsident von Burgas abgesetzt. Derselbe weigerte sich, den verhafteten aktiven Oberleutnant, welcher einen russischen Schiffsoffizier auf offener Straße erschossen hatte, der Militärbehörde auszuliefern.

Änderung des Gemeinde-Wahlrechts in Preußen.

Dem Abgeordnetenhaus ist soeben der in der Thronrede angelegte Gesichtspunkt aus einer Korrektur des Dreiklassen-Wahlrechts vorgegangen, von der Kommission des Abgeordnetenhauses abgelehnt worden und nicht mehr in das Haus zurückgelangt.

Der neue Entwurf geht wie der vorjährige von der Korrektur des Dreiklassen-Wahlrechts durch das sogenannte Durchschnittsprinzip aus, vermöge dessen jeder Wähler, welcher mehr als den auf einen Stimmberechtigten in der Gemeinde entfallenden durchschnittlichen Steuerbetrag zahlt, aus der dritten in eine der oberen Wählerabteilungen versetzt, die zweite von der ersten Abteilung aber durch Halbierung der auf diese beiden Abteilungen fallenden Gesamtsteuerbeträge abgegliedert werden soll. Von dieser Regel jedoch werden gewisse Abweichungen durch Ortsstatut zugelassen. So ist das von der im vorigen Jahre eingesetzten Kommission dem Ortsgesetz angegebene sogenannte Zwölftelungssystem, bei welchem die drei Wählerklassen nach $\frac{1}{12}$, $\frac{1}{6}$ und $\frac{1}{3}$ der Gesamtsteuer summe gebildet werden, auch in dem neuen Entwurf der ortstatutarischen Einführung vorbehalten, weil nach Ansicht der Regierung dies System am besten geeignet ist, den Zustand von 1801, d. h. des Jahres vor Einführung der Steuerreform, wiederherzustellen.

Weiter enthält der Entwurf die Bestimmung, daß das Ortsstatut bei Einführung des Durchschnittsprinzips an Stelle des einfachen Durchschnitts ein Vielfaches desselben bis zum Höchstmaß des anderthalbfachen Durchschnitts als Norm für das Aufsteigen aus der unteren in die oberen Wählerabteilungen zu Grunde legen darf. Es wird den Gemeinden freigestellt, in denjenigen Fällen durch eine prozentuale Steigerung des maßgebenden Durchschnittsmaßes zu den Verhältnissen des Jahres 1801 zurückzuführen, in welchem die Grundbesitzer des einfachen Durchschnitts über den Rahmen dieser Verhältnisse hinausführen würde. Der Grund zu dieser Maßregel ist offensichtlich; es handelt sich darum, eine Demokratisierung des Wahlrechts zu verhindern, und die Begründung erkennt dies auch offen an, indem sie sagt, daß eine „derartig fortschreitende Demokratisierung des Wahlrechts im Hinblick auf das systematische Bestreben der Socialdemokratie, in die Gemeinde-Verordnungen zu gelangen“, als politisch in hohem Maße bedenklich angesehen werden muß.

Es ist, wie die offizielle „Berliner Korrespondenz“ andeutet, im Wesen des Durchschnittsprinzips eine Tendenz zu stetig fortschreitender Entlastung der dritten und Verstärkung der oberen Wählerklassen begründet, welche in Kürze zu einer Demokratisierung des Gemeinde-Wahlrechts führen könnte, die weit über den Rahmen einer Ausgleichung der im Verlaufe der Steuerreform eingetretenen Verschiebungen hinausgehen würde. Denn wie die Vorgänge namentlich in industriellen Kommunen zeigen, treten den Wählermassen dank der allmählichen Verbesserung der Lohn- und Erwerbverhältnisse immer neue Wahlberechtigten aus dem Kreise der kleinsten Steuerzahler hinzu, welche, sofern nicht eine bedeutende Vergrößerung der Steuerleistungen auf Seiten der Wohlhabenden konstatiert, naturgemäß den Durchschnitt immer tiefer herabdrücken und damit die Abgabe einer immer größeren Anzahl „überdurchschnittlicher“ Wähler in die oberen Klassen herbeiführen müssen. Will aber der Gesetzgeber das Ziel einer Ausgleichung der Verschiebungen, wie sie seit der Steuerreform in die Erscheinung getreten sind, nicht ganz aus dem Auge verlieren, so muß er ein Ventil schaffen, welches einer allzu starken Wirkung des Durchschnittsprinzips vorbeugt.

Dieses Ventil, das der Entwurf schafft, ist nun nicht nur ein Sicherheitsventil gegen das Eindringen der Socialdemokratie in die Kommune, es ist auch, besonders in den Städten am Rhein ein Ventil gegen das Eindringen des Centrums. Mit vollem Recht betont die „Germania“, daß die Gemeinden nach wie vor vollständig der bisherigen Plutokratie einzelner kleinreicher Leute unterworfen bleiben, da ja die herrschende Plutokratie in den Gemeindeverwaltungen von der Befugnis Gebrauch machen und sich durch Ortstatut ihre Herrschaft auf Jahre hinaus sichern wird, und das umso mehr, als nicht, wie nach dem Kompromiß-Antrag Freigen-Sattler vom vorigen Jahre, eine Zweidrittel-Mehrheit sondern nur eine einfache Stimmenmehrheit der Stadtvertretung dazu erforderlich ist, der herrschenden Plutokratie die Weiderrückung zu sichern.

Dazu kommt, daß die Reform nur auf Gemeinden mit mehr als 10000 Einwohnern beschränkt bleiben soll. Als Grund hierfür wird einmal angeführt, daß die Steuerreform nach dem Ergebnis der statistischen Ermittlungen die Wahlrechtsverhältnisse in den Gemeinden unterhalb dieser Einwohnergrenze in nicht nennenswerter Weise verändert hat, sodann aber auch die Erwägung, daß die Zulassung von Ortstatuten über die Regelung des Gemeindewahlrechts einen häufig nicht unbedenklichen und jedenfalls unvernünftigen Agitationshottel in das Gemeindeleben wirft. Wie fälschlich von der Regierung! Im die Bevölkerung nicht in Aufregung zu versetzen, wird in Gemeinden mit weniger als 10000 Einwohnern einfach die Plutokratie verewigt.

In der That, eine fonderbare „Reform“, eine Reform, durch die namentlich das Centrum auf das schlimmste geschädigt wird. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die „Germania“ bereits ankündigt, „das Abgeordnetenhaus müsse noch vor einer anderen wichtigeren parlamentarischen Entscheidung dazu Stellung nehmen“. Daß unter dieser „wichtigen parlamentarischen Entscheidung“ die Plottenvorlage im Reichstag gemeint ist, dürfte uns schwer zu erlernen sein.

Die ganze Vorlage zeigt wieder, wie mit dem Dreiklassenwahlrecht nun einmal nichts anzufangen ist. Verbesserungen auf der einen Seite haben stets Verschlechterungen auf der anderen zur Folge. Will man wirklich etwas Vernünftiges schaffen, so muß man dieses Schicksal völlig beseitigen und das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für die Kommunen einführen.

Die Wiener Wahlreform.

st. Wien, 16. Februar.

Die berüchtigte „Reform“ des Gemeindestatuts und der Wahlordnung für Wien, die der niederösterreichische Landtag im Mai vorigen Jahres beschlossen hat, ist ganz unermutet aus dem Grabe gestiegen und es ist die größte Wahrscheinlichkeit, daß sie, allerdings mit einigen sehr wichtigen Modifikationen, Gesetzeskraft erhalten wird. Die Geschichte dieser Reform gehört zu den schändlichsten Dingen dieses an Schmach und Schande wahrlich nicht armen Osterreich.

Wie noch in Erinnerung, legte Herr Dr. Lueger, der Bürgermeister von Wien, im März vorigen Jahres dem Gemeinderat eine Wahlreform vor, die eine durchschlagende Änderung der gegenwärtigen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Wiener Gemeinderat bedeutete. Mit den drei Wahlkörpern wurde darin aufgeräumt, und der ganze Gemeinderat sollte aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht gewählt werden. Die einzige stützende Bestimmung dieses überaus schändlichen Entwurfs war die Bedingung einer fünfjährigen Sechshäftigkeit, an die das Wahlrecht geknüpft wurde — eine Bestimmung, die ersichtlich den Zweck hatte und auch die Wirkung erzeugen hätte, die Arbeiter zu einem beträchtlichen Teile um ihr Wahlrecht zu bringen. Nachdem der Wiener Gemeinderat dem Entwurfe seine Zustimmung gegeben hatte und Herr Lueger sich für seine ruhmvolle That in allen Tonarten hatte preisen lassen, trieb der dumme Ehrenmann nach Italien, und während seiner Abwesenheit begann dann der Komödie zweiter Teil. Die Wahlreform unterliegt nämlich als ein Landesgesetz der Beschlußfassung des niederösterreichischen Landtags, dessen Majorität, wie bekannt, aus den unermüdlichsten Mameluken des Wiener Bürgermeisters besteht. Dieselben Leute nun, die im Gemeinderat den Entwurf mit Enthusiasmus beschlossen hatten, lehnten ihn im Landtage mit noch größerer Begeisterung ab! Auf die ganz vage Erklärung des Statthalters hin, die wenn sie auch nicht zustimmend lautete, doch auch keineswegs abweisend war, beschloß die Majorität, den Entwurf des Gemeinderats von der Tagesordnung abzusehen und im Einvernehmen mit der Regierung einen neuen Vorschlag auszuarbeiten. Damit war deutlich bewiesen, daß der erste Entwurf, der Antrag auf Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, eine ordinäre Komödie, eine nichtsnutzige Fopperie gewesen war und sich also der Wiener Bürgermeister mit den rechtlosen Massen ein Dubschick erlaubt hatte. Der neue Entwurf wurde in ein paar Tagen ausgearbeitet und nach der Rückkehr des Bürgermeisters vom Landtage in einer einzigen Sitzung zum Beschluß erhoben. Diese Sitzung selbst war in ihrer gröblichen Mißachtung aller parlamentarischen Formen, in ihrer Rohheit und Tartüfferie, ein Denkmal der Wiener Schande für sich.

Der neue Entwurf nun war ein Meisterstück von Wahlgeometrie, der herrschenden Partei im Wiener Gemeinderat auf den Leib zugeschnitten. Alle Schichten, die nicht auf das christlich-socialen Parteibogma eingeschworen waren, wurden ihres Wahlrechts beraubt. So wurden die Personal-Einkommensteuer-Zahler, die doch ganz eigentlich den intelligenten Kern der Bevölkerung vorstellen, ihres Wahlrechts vollständig entäußert; die Lehrer, die sich in offener Empörung gegen die antisemitische Schandwirtschaft befinden, wurden strafweise aus dem zweiten in den dritten Wahlkörper versetzt, und die große Frage der Erweiterung des Wahlrechts sollte mit einem vierten Wahlkörper abgehandelt werden, dem nur zwanzig Mandate zugewiesen werden — für jeden Bezirk eines, wogegen die drei privilegierten Wahlkörper mit je 46 Mandaten ausgestattet sind — für welchen Wahlkörper überdies als Bedingung des Wahlrechts eine fünfjährige Sechshäftigkeit gefordert wurde und in dem nebst den neuen Wählern auch alle alten, schon durch 188 Mandate privilegierten Wähler wahlberechtigt sein sollten! Es war das edelste und reifste Wahlrechtsraub; die Arbeiter hätten mit diesen vier Wahlkörper um das Wah jenes Rechts betrogen werden sollen, auf das sie einen wohl begründeten Anspruch haben. Neben diesen elenden Betrügereien enthält der Entwurf noch eine Unmasse wahlgeometrischer Bestimmungen, die sich freilich geschickt unter dem Deckmantel der „Demokratie“ bergen.

Welche Entrüstung dieser schändliche Entwurf erweckt hat und welche gewaltige Bewegung die Wiener Arbeiter gegen ihn entfesselt haben, ist noch in frischer Erinnerung. Thatsächlich machte weder die Regierung Thun, noch die nachfolgenden provisorischen Regierungen Clary und Wittel Miene, ihn der Verwirklichung zuzuführen, und er wäre wahrscheinlich im Papierkorb unbegreiflich verblieben, wenn Herr Lueger nicht plötzlich eine fonderbare Einbildung zu Hilfe genommen wäre. Im März sollen nämlich die Kommunalwahlen für den zweiten Wahlkörper — der Gemeinderat erneuert sich immer zu einem Drittel — vorgenommen werden. Dabei entdeckte man der fündige Magistrat, daß die geltende Wahlordnung unbrauchbar geworden sei. Die Wahlordnung stammt nämlich aus dem Jahre 1890, basiert also auf den damals geltenden Steuerverhältnissen. Nun hat aber Osterreich seit dem 1. Januar 1898 ein neues Gesetz über die Realsteuer; die vor- mal bestehende Einkommensteuer, die im Wesen eine Ertragsteuer war, ist durch die Personal-Einkommensteuer ersetzt worden; der Magistrat behauptet also, daß er über das Wahlrecht der Personal-Einkommensteuer-Zahler nicht entscheiden könne und sie auch nicht in die Wahlkörper einzuordnen vermöge. Es sei ein Akt der Gesetzgebung notwendig, der den Widerspruch zwischen Steuerreform und Wahlgesetz ausgleiche und aufhebe. Es muß also jetzt eine Wahlreform gemacht werden, und wenn die Regierung auch mächtig genug ist, ein Gesetz trotz Herrn Lueger zu verhindern — indem sie ihm die Sanction verweigert — so ist sie natürlich außer Stande, ohne Zustimmung des Landtags die nun technisch notwendige Reform zu bewirken. Die Regierung hat sich also mit der christlich-socialen Majorität in Verbindung gesetzt und mit ihr die Änderungen vereinbart, die an dem vorjährigen Landtagsbeschlusse vorgenommen werden müssen, wenn das Gesetz sanctioniert werden soll. Das Geschäft scheint schon ganz perfekt zu sein, denn der niederösterreichische Landtag ist bereits für den 20. Februar außerordentlich einberufen, um das Gesetz zu amendieren, die definitive Wahlreform für Wien zu beschließen.

Die Änderungen, die die Regierung verlangt und die von den Christlich-Socialen schon zugestanden sind, sind dreierlei. Erstens solle die Personal-Einkommensteuer unter die das Wahlrecht begründenden Steuern eingereiht werden, wobei es freilich offen bleibt, ob für diese Steuerordnung, die die meisten Wähler stellt, derselbe Census festgelegt werden wird wie für die andern Steuerordnungen. Zweitens sollen die Lehrer wieder in den zweiten Wahlkörper eingereiht werden und drittens soll die Sechshäftigkeitdauer im vierten Wahlkörper verringert werden — wie es heißt, von fünf Jahren auf drei oder zwei Jahre. Das sind zwar ganz beträchtliche Verbesserungen; der Kampf der Wiener Arbeiter war also alles weniger dem fruchtlos. Trotzdem bleibt der Entwurf ein listiges und perfides Machwerk, dessen ganze Tendenz auf eine Festigung der sehr brüchig gewordenen christlich-socialen Herrlichkeit hinausläuft. Freilich hat keiner Partei die kunstvollste Wahlgeometrie gestromt, wenn sie innerlich morisch geworden ist, und so wird auch den Wiener Antisemiten keine noch so ausgeklügelte Wahlmaniere etwas nützen, wenn die Erkenntnis über diese korrupteste und volksfeindlichste Partei beim Volke Wurzel faßt. Jedemfalls kann man sich auf eine stürmische Landtagssitzung gefaßt machen; sie erst wird zeigen, wie ernst es der Regierung nöcher mit ihrer so lebhaft beteuerten Unparteilichkeit nach allen Seiten ist.

Partei-Nachrichten.

Ein gewagtes Spiel spielen die bürgerlichen Parteien im Wahlkampfe um den Kreis Calbe-Aischersleben. Ihr einziger Trumpf ist die Person des Kaisers, den sie in allen ihren Reden und Flugblättern anspielen. In einem Auftrufe der Kreisblätter heißt es: „Der 28. Februar naht, der Tag, an welchem es sich entscheiden wird, ob das freie Bürgerthum, welches entschlossen ist, Vaterland und Kaiserthum zu schützen und zu wahren, in unserm Wahlkreise überwiegt, oder ob die Gewaltthätigkeit der Socialdemokratie mit ihren staatsgefährdenden Bestrebungen obsteht. Nicht mehr auf das papierne, social-revolutionäre Programm beschränkt sich jetzt die Achtung der Monarchien und der konstitutionellen Staatengebilde, sondern die Socialdemokratie ging zu einem Angriff über auch gegen den Träger des Königthums, gegen die Person unsres Kaisers Wilhelm II. In unserm Wahlkampfe dreht es sich also nicht um die Frage, wie es die Socialdemokratie vertheuernd gern hinstellen möchte, ob der Majestätsparagraf gut oder schlecht sei, sondern um die Frage, ob wir einen Mann mit dem höchsten Ehrenamt, mit dem Reichstags-Mandat dafür belohnen wollen, daß er unsern Kaiser, in dem sich die Ehre der ganzen Nation verkörpert, verächtlich zu machen versucht.“

Es ist doch sehr unklug von diesen „staatsverhaltenden“ Herrschaften, den Kampf so ganz auf die Person des Kaisers zuzupfeilen. Wenn sie nun unterliegen? Dann unterliegt in ihnen der Kaiser und ob das dem „monarchischen Gedanken“ förderlich sein würde, möchten wir bezweifeln. Die Herren hätten also in ihrem und in ihrer Monarchie Interesse viel klüger, nach den von ihnen selber erfindenen konstitutionellen Grundgesetzen die Person ihres Monarchen mehr im Hintergrunde zu lassen.

Parteiorganisation. Die Parteigenossen in Struburg haben die Führung sämtlicher Parteigeschäfte für die Stadt dem socialdemokratischen Verein übertragen. Für den Kreis bleibt das Verbandsmännerthum bestehen.

Die ungarische Socialdemokratie hält Oskern ihren Parteitag ab. Der Landeskongreß findet am 15. und 16. April, der Kongreß der Feldarbeiter und Kleinbauern am 17. und 18. April statt. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen die Punkte: Organisation und Preise. Partiprogramm. Kampf um das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht. Die Gemeindevahlen und die socialdemokratische Partei. Die politische und wirtschaftliche Bewegung.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. — Vereins- und Versammlungsgesetz in Preußen. In Struburg i. N. haben Arbeiter einen Vergnügungsverein „Gemüthlichkeit“ gegründet zur Pflege der Geselligkeit. Trotzdem derartige Vereine nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes von der Anmeldepflicht entbunden sind, verlangte der Bürgermeister die Einreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis. Als dieses völlig ungelegliche Verlangen zurückgewiesen wurde, erhielt der Vorsitzende Döring ein Strafmandat über 30 M., unter gleichzeitiger Mittheilung, daß bei Nichterreichung der geforderten Bedingungen eine weitere Strafe von 60 M. folgen würde. Gestützt auf das Gesetz, kam man diesem Verlangen nicht nach, und eine weitere Ordnungsstrafe von 60 M. war die Folge. Ebenso erging es dem inzwischen zum Vorsitzenden gewählten Brück. Die von letzterem beim Landrat erhobene Beschwerde wurde abgewiesen mit einer Begründung, die wir als ein Musterbeispiel polizeilicher Logik ganz mittheilen wollen.

„Durch § 2 der Verordnung vom 11. März 1850 wird die Verpflichtung zur Einreichung von Statuten und Mitglieder-Verzeichnissen ohne weiteres den Vorstehern derjenigen Vereine auferlegt, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. Durch diese gesetzliche Verpflichtung der Vorsteher einer bestimmten Klasse von Vereinen wird die Berechtigung der Polizei- Behörde, auch von anderweitigen Vereinen die Statuten und Mitglieder-Verzeichnisse in gewissen Fällen einzufordern, nicht beraubt. Falls die Polizeibehörde aus gewissen Anzeichen den Eindruck gewonnen zu haben glaubt, daß ein Verein seine Eigenschaft als geschlossene Gesellschaft wesentlich zu dem Zweck zu benutzen beabsichtigt, um irgend welche gesetzliche oder polizeiliche Vorschriften zu umgehen, so hat sie die Pflicht, die Thätigkeit des Vereins zu prüfen und zu überwachen. Um sich hierzu in den Stand zu setzen, ist die Kenntnis der Zwecke und der Mitglieder des Vereins vor allen Dingen notwendig. Die Behörde kann in solchen Fällen ihre Bestimmung als Hüterin der gesetzlichen Ordnung nur durch Einforderung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis erfüllen. Im vorliegenden Falle ist die Gründung des Vereins angezeigt worden, nachdem einige Tage vorher die Polizeistunde für die als Vereinslokal dienende Altkommunale Gastwirtschaft wegen wiederholter Uebertretung der Polizeistunde durch den Wirt von 12 Uhr auf 10 Uhr herabgesetzt worden war.“

Dies und der Umstand, daß der notorisch aus wenig bemittelten Personen bestehende Verein abendtäglich tagte und sich nach der mündlichen Anzeige mit Veranstaltung von Familien- und Gesellschaftsabend, verbunden mit Gesangs- und anderen Vorträgen, Spielen und Belustigungen aller Art unter Einführung von Gästen beschäftigte, hat mit Recht den Verdacht erweckt, daß die Vereinsgründung lediglich den Zweck verfolgte, die polizeilichen Vorschriften wegen Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten zu umgehen und der Verein zur seinen Namen hergab, um öffentliche Lustbarkeiten der erforderlichen polizeilichen Erlaubnis zu entziehen. Um sich hierüber Gewißheit zu verschaffen und insbesondere festzustellen zu können, welche fremden Gäste an den Vereinsveranstaltungen teilnehmen, hat die Polizeiverwaltung mit Recht die Einreichung der Vereinsstatuten und des Mitgliederverzeichnis gefordert. Ihre hiergegen erhobene Beschwerde ist mithin unbegründet.“

Die einfachste Logik sagt, daß die gesetzlichen Rechte der Polizei gegenüber den Vereinen nichts anderes sind, wie die gesetzlichen Pflichten der Vereine gegenüber der Polizei. Sie bedürfen sich vielmehr vollkommen. Wo die Pflichten der Vereine aufhören, da hören auch die Rechte der Polizei auf. Nach der Auflassung des Herrn Landrats hätte ja die Polizei das Recht, den Vereinen noch weitere als die gesetzlichen Pflichten aufzuerlegen. Die Polizei kann sich wohl darüber zu unterrichten suchen, ob ein als nicht polizeilich auftretender Verein sich dennoch mit Politik beschäftigt. Hat sie das festgestellt, dann kann sie ihn bestrafen und zur Einreichung der Statuten und Mitgliederliste auffordern. Nicht aber kann sie ihm diese Verpflichtung auferlegen zu dem Zweck, ihr die Mithilfe der Information abzugewinnen.

Schließlich vermutet der Herr Landrat hier nur die Absicht der Veranstaltung öffentlicher Lustbarkeiten. Selbst wenn diese Vermutung bereits als richtig erwiesen wäre, hätte die Behörde noch nicht das Recht, Statuten und Mitgliederliste zu verlangen, weil dazu nach der erwähnten Verordnung nur solche Vereine verpflichtet sind, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken. Lustbarkeiten, auch wenn sie öffentlich, das heißt jedermann zugänglich sind, sind aber noch lange keine „öffentlichen Angelegenheiten“.

Zu 200 M. Geldstrafe wurde in Brandisberg der frühere Redacteur des dortigen Parteiblattes, Genosse Kubnow verurteilt. Er soll durch einige Rotzpen in diesem Blatte einen Art beleidigt haben. Der Staatsanwalt hatte nur 60 M. Geldstrafe beantragt.

Das Verfahren wegen Fahrlässigkeitsergehen nach § 21 des Reichs-Preßgesetzes, das von der Staatsanwaltschaft gegen den Redacteur der „Oberfränkischen Volkszeitung“, Genossen Liebold in Hof, anhängig gemacht worden war, ist eingestellt worden. Dagegen wurde die Beschlagnahme der 11 Exemplare des Heft 1 des „Flammen-Spiegel“, 3. Auflage, aufrecht erhalten; die Hefte wurden dem Untersuchungsrichter am Landgericht Rudolfsbad übergeben, weil dieser die Beschlagnahme jener Druckschrift angeordnet hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Kieber (Tapezierer). Die Sperre über die Firma Kalmbach, Potsdamerstr. 89, ist weiter für Polsterer und Kleber aufrecht zu erhalten. Für Kleber sind folgende Firmen gepeert: Bödige, Dramienstr. 19; Seiffert, Ansbacherstr. 19; Schlen, Große Frankfurterstr. 31; Siebert, Friedrichselderstr. 25; Krieg u. Görlke, Jägerstr. 20. Die Sperre über die Firma Schwarzger ist aufgehoben. Die Lohnkommission.

Die Modelleure und Gipshändler der Firma Schürmer, Wilhelmstr. 32, befinden sich wegen Verweigerung der achtstündigen Arbeitszeit im Aufstand.

Deutsches Reich.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Hamburg ist gesichert. Bei einer unter den Mitgliedern der Gewerkschaften vorgenommenen Abstimmung erklärten sich 12044 für und 2569 gegen das Projekt. Mit etwa drei Viertheil Mehrheit wurde beschlossen, daß das Arbeitersekretariat nur solche Personen in Anspruch nehmen dürfen, die einer Gewerkschaftsorganisation angehören.

Aus den Nachbarorten.

Partei-Verfassungen in den Vororten. In Oberschöne-
Heide findet Montagabend bei Hagerland eine öffentliche Ver-
sammlung statt, in der Genosse Jubel über unsere Fortschritte
an die Gemeindeverwaltungen spricht. Auch steht die Auf-
stellung eines Kandidaten auf der Tagesordnung. — Pantow.
Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet bei Großhuth, Berlinerstr. 27, General-
versammlung des Arbeitervereins statt. Genosse Litfin wird einen
Vortrag halten. — Oriz. Heute nachmittags 3 Uhr ist bei Dorn,
Bürgerstr. 4, eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung.
— Mariendorf-Tempelhof. Dienstag hält der Arbeiter-
Bildungsverein eine Versammlung ab, in welcher Genosse Schubert
über „Gemeindegewahlen“ sprechen wird. — Reinickendorf. Den
Partei-Genossen zur Nachricht, daß die Mitglieder-Versammlung für
diesen Monat zu Gunsten der am 19. ds. Mts. bei Neubauer, Haus-
atterstr. 81, stattfindenden Kommunalwähler-Versamm-
lung ausfällt. — Schöneberg. Die Versammlung des Social-
demokratischen Vereins findet Montag bei Obst, Grunewaldstr. 110,
statt. Genosse Dr. Sehl hält einen medizinischen Vortrag.

Charlottenburg. Am 25. Februar veranstalten die Charlotten-
burger Vereinigung der Hüttenarbeiter ein Konzert, und zwar in einem
Saal, was der Arbeiter-Verein zu Versammlungen nicht zur Ver-
fügung steht. Obgenannte Vereinigung sucht Villetts in Arbeiter-
kreisen abzuwickeln. Die Genossen wollen hierüber Notiz nehmen.
Die Lokalkommission.

Aus Nordorf. Wegen Sittlichkeitsvergehens gegen seine 17jährige
Stieftochter ist der 36 Jahre alte Kaufmann Friedrich Spiegel aus
der Thomasstraße verhaftet worden.

**Je unfähiger sich die „Große Berliner“ zur Verwaltung
zeigt, je höher geht sie anscheinend gegen Publikum und Ge-
meinden vor.**

So meldet man uns aus Reinickendorf:
Die Straßenbahn-Gesellschaft verfährt gegen die Reinickendorfer
Fahrgäste höchst unbillig, indem sie von den im Anhangswagen von
Berlin kommenden Fahrgästen ein gewisses Entgelt erhebt.
Nicht die Kontrolle der Fahrgäste es nicht zu, daß diese
Fahrgäste auf Grund des bereits im zweiten Wagen gelösten Fahr-
scheines im Hauptwagen weiterfahren, dann muß eben die Ein-
richtung getroffen werden, daß der zweite Wagen nicht abgehängt
wird, sondern ebenfalls weiter nach Reinickendorf fährt. Doppelt
dann und darf die Gesellschaft für die einfache Fahrt keine Bezahlung
verlangen und einheimisch. Dies wäre dem Recht wiederfreitend.
Wir betrachten es als Pflicht, die Straßenbahn-Direktion auf die
„angeführten“ Mängel aufmerksam zu machen.

Lud aus Pantow wird uns geschrieben:
Die hiesige Gemeindeverwaltung verlangte von der Straßen-
bahn-Gesellschaft gelegentlich der auf der Strecke Niederhörsinghausen-
Rathaus bevorstehenden Einführung des elektrischen Betriebes, daß
die Hälfte der auf dieser Strecke verkehrenden Wagen in der Breite-
straße zu Pantow ihre Haltestelle haben.

Die Straßenbahngesellschaft erklärte darauf, daß sie sich durchaus
nicht binden könne. Die Gemeinde will auf eine solche Antwort
hin die nachgefragte Legung eines zweiten Geleises nicht eher ge-
nehmigen, bis die von ihr erhobene Forderung bewilligt ist. „Wir
wollen einmal“, so erklärte ein Gemeindevorsteher, „etwas Maß-
regeln“. Hierzu hätte die Gemeinde um so eher Ursache, als es in
den Anhangswagen der Linie mit der Beleuchtung noch wahrhaft
vorfindlich bestellt ist. In diesen Wagen brennen einzig die
beiden Laternen an den Thüren, so daß fast völlige Finsternis
herrscht.

Abermals ein Eisenbahn-Arbeiter verunglückt. Auf der
Nordbahnstrecke Berlin-Reutheitz ist in der Nacht zum Freitag der
Bremser Kurzhaas, der in Pantow, Florastr. 60, wohnte, vom Zuge
gefallen und durch Ueberfahren getötet worden. Wer
Wahrheitsliebe nach ist der Unglücksfall dadurch verursacht worden,
daß Kurzhaas von der offenen Weiche auswärts und unter die
Räder fiel. Der Körper des Verunglückten ist entsehrlich zugerichtet,
der Kopf ist bis heute noch nicht gefunden worden. Kurzhaas hinter-
läßt eine Frau und zwei Kinder.

Schöneberg. Ein Theater soll nunmehr auch Schöneberg er-
halten. In der Nähe des Theaters des Westens auf Schöneberger
Gebiet ist bereits ein großes Terrain für den neuen Wäntentempel
angekauft worden. Mit dem Bau desselben ist der Kreisbau-
inspektor Jassé beauftragt. Bei diesem neuen Theaterunternehmen
sollen die Herren Intendant Prash, Direktor Löwenfeld und Dr. Arendt
beteiligt sein.

Kohlenmangel macht sich in Potsdam geltend. Die dortigen
Kohlenhändler treten zusammen und konsolidierten, daß ihr Vorrat
nur noch für 6 Tage reicht. Auch auf der Eisenbahn soll man sich
bereits mit dem Gedanken vertraut machen, eine Einschränkung des
Vorratverkehrs zwischen Berlin und Potsdam herbeizuführen. Diese
Nachricht bedarf wohl noch der Bestätigung.

**In der letzten Sitzung der Brüder Gemeindeverwaltung
wurde zunächst beschlossen, an Stelle der bisherigen drei Waisenrats-
bezirke in Zukunft acht bezirgliche Bezirke einzurichten. Als Waisen-
räte wurden gewählt Drechslermeister Adert, Hauptlehrer Gott,
Fabrikbesitzer Emder, Gärtnerbesitzer Weimar, Prediger Heise,
Zimmermeister Giese, Superintendent Ringius und Vödermeister
Schulz. —** Beschlossen wurde ferner der Erlass eines Ortsstatuts,
betreffend die Anstellung und Befoldung der Gemeindebeamten ein-
schließlich Regelung der Hinterbliebenen-Versorgung. Das Statut
entspricht den Bestimmungen des neuen Kommunalbeamten-
Gesetzes. — Die Kosten für die Einrichtung von neuen Schulklassen
wurden bewilligt. — Die freiwillige Feuerwehr beantragt einen
Zuschuß von 5000 M. zur Beschaffung von Löschgeräten und Aus-
rüstungsgegenständen, darunter 900 M. für einen Gerätewagen und
2700 M. für eine mechanische Leiter. Die 900 M. für den Geräte-
wagen werden, weil dringlich, sofort bewilligt, die übrigen Forder-
ungen sollen erst durch eine Kommission geprüft werden, in welche
auch Genosse Jannet gewählt wird. Die übrigen Beratungs-
gegenstände boten kein besonderes Interesse.

Eine Ergänzungswahl zum Gemeinderat findet demnächst
in Oriz statt. Der gesamte bürgerliche Wählerkreis hat sich nun
dort zusammengefunden, um den ausscheidenden socialdemokratischen
Bezirker Gastwirt Dorn aus dem Gemeinderat hinauszubringen.
Zu einer bürgerlichen Wählerversammlung wurde zu diesem Zwecke
beschlossen, an Stelle unseres Genossen Dorn den Arbeiter Grothe, der
in der Ansehensreichen Fabrik in Schöneheide beschäftigt ist, als
Kandidaten aufzustellen. Unse Brüder Parteigenossen werden es sich
zur Ehrenpflicht zu machen haben, mit aller Macht für die Wieder-
wahl des Genossen Dorn einzutreten, zumal wir bisher nur zwei
Genossen im Brüder Gemeinderat sitzen haben, obwohl die Arbeiter-
schaft die Mehrzahl der Bevölkerung bildet.

**Zu dem Mordversuch und Selbstmord des Falschmünzers,
wovon wir gestern aus Brandenburg a. S. berichteten, wird
uns heute von dort noch mitgeteilt, daß der Selbstmörder ein etwa
30jähriger Mann ist. Die bei ihm vorgefundenen Papiere lauteten
auf die Namen Franz Sanga, Samuel Löwenstein, Gustav Stolz-
mann und Samuel Janutta. Da vier Zeugnisse mit dem letzten
Namen vorhanden sind, vermutet man, daß dies sein richtiger Name
sei; seine letzte Beschäftigung hatte er bis Oktober v. J. im
Märkischen Hof in Berlin als Hausdiener. Doch wird von anderer
Seite mitgeteilt, daß dem Janutta, der noch in Berlin beschäftigt
sei, die Papiere gefohlen wären. In einer gelben Handtasche, die
man dem Toten abgenommen, fand man acht Revolverpatronen (der
Revolver selbst war noch mit vier Patronen geladen), fünf falsche
Zweimarkstücke, drei Münzformen, Schlüssel, Lampe, Blech, Zeite,
zwei Flaschen mit Säure, Pappulver und alle möglichen anderen
Gegenstände. Der mit einem langen, grauen Hosenzollernmantel
und einer schwarzen Pelzmütze bekleidete Mann hatte in den letzten
Tagen in verschiedenen Restaurationen zu Brandenburg verkehrt und die**

dort gemachten Zechen meistens mit falschen Zweimarkstücken be-
glichen, bis ihn Donnerstagabend sein Verhängnis ereilte. Das
Besitzen des durch einen Schuß des Verbrechers leicht verletzten
Polizeiwachtmeisters Lemme ist so, daß derselbe in wenigen Tagen
schon seinen Dienst wieder wird antreten können.

Theater.

Das Belle-Alliance-Theater ist am Freitag zur Ver-
änderung wieder geöffnet worden, und zwar von einer Gesellschaft,
die sich um einen in seiner Art hervorragenden Mann, den Igl. Hof-
schauspieler Herrn Emil Richard, gruppiert. Seine Virtuosität
zeigte dieser Künstler in der plattdeutschen Rolle des Inspektors
Bräsig. Herr Richard ist einer der wenigen Schauspieler, die alles
bestehen, was zu dieser Rolle gehört: Eine in ihrer Ge-
häßigkeit vollendete Figur, Verständnis für die Eigen-
heiten des medienburgischen Volkscharakters, und dann ein Platt von
erquickend löstlicher Urwüchsigkeit. So war es eine Freude, diesen
Onkel Bräsig genießen zu können.

Schade, daß es im übrigen mehrfach haperte. Man darf ja
nicht verlangen, daß in einer Gesellschaft, die sich um des lieben Wortes
willen eilig aus allen vier Himmelsrichtungen zusammengelassen hat,
gleich alles wie am Schürchen geht. Auch verzeiht man nach allem
Verkommen, daß die lebensfrischen Gestalten in Fritz Reuters Roman
in der fabrikmäßig erfolgten Dramatisierung meist zu nichts sagenden
Schattenbildern verflümmert sind, denen nur hervorragende Künstler
ein Scheinleben einhauchen können. Aber ein Habermann, der über-
haupt kein Wort Plattdeutsch redet, und eine Frau Käbler, die hin-
wieder alle plattdeutschen Dialekte von Rheinland bis nach Ost-
preußen auf der Zunge hat — das sind Unannehmlichkeiten, die auf
keinen Fall unerwähnt bleiben können. Sollten sich durch eine
andere Besetzung der Rollen diese Mängel nicht beseitigen lassen? —

Gerichts-Beitrag.

Wegen Beleidigung durch die Presse stand gestern der Re-
daeteur der katholischen „Märkischen Volkszeitung“,
Ernering, vor der 2. Strafkammer hiesigen Landgerichts I.
Unter der Ueberschrift „Zwangsheile Erteilung evangelischer Re-
ligionsunterrichts an katholische Schulkinder“ besprach die „Märkische
Volksztg.“ in einem am 4. Juli erschienenen Artikel die Schulzustände
in Rothenburg a. Obra (im Borschen). Auf Grund von Beschwerden
dortiger Einwohner und unter Anknüpfung an die Behauptung, daß
angehlich die katholischen Profeykten machen, gab der Angeklagte in
dem Artikel den letzteren Vorwurf zurück und behauptete, daß in
Rothenburg die katholischen Schulkinder gezwungen würden, an dem
evangelischen Religionsunterricht teilzunehmen. Früher sei dies
nicht der Fall gewesen, doch habe der Lehrer Stiller bei seinem
Amtsantritt darin eine Aenderung eintreten lassen. Die katholischen
Kinder hätten von da an des Morgens anstatt um 9 Uhr um 8 Uhr
in die Schule kommen und am evangelischen Religionsunterricht teil-
nehmen müssen, sie seien gefragt worden wie die evangelischen
Kinder und seien gezwungen worden, wenn sie nichts wußten
oder wenn sie nicht erriethen. An diese Behauptungen knüpfte
der Artikel eine scharfe Kritik und schloß mit der Frage, was der
evangelische Bund dazu sagen würde, wenn evangelischen Kindern
zugemutet würde, zwangsweise am katholischen Religionsunterricht
teilzunehmen. Die Schulaufsichtsbehörde hat auf Grund dieses
Artikels den Strafantrag gestellt. Der Angeklagte trat einen umfang-
reichen Wahrheitsbeweis an. Aus den stattgehabten kommissarischen
Vernehmungen von katholischen Einwohnern Rothenburgs und deren
Kinder ergab sich folgendes: Unter dem Regime des Vorgängers
des 22-jährigen Lehrers Stiller brauchten die katholischen Kinder
erst um 9 Uhr morgens in die Schule zu kommen, seitdem
mußten sie aber an dem von 8-9 Uhr stattfindenden evangelischen
Religionsunterricht teilzunehmen, sie hatten dieselben Plätze inne, wie
in anderen Stunden, wurden gefragt, ihnen wurde gesagt, daß sie sich
die biblische Geschichte borgen oder lauten sollten, und sie mußten
die evangelische biblische Geschichte miltlernen. Einige Schulkinder
haben ausgesagt, daß sie geschlagen worden seien, wenn
ihre Kenntnisse mangelhaft waren, ein Knabe hat be-
kundet, daß er das Lutherlied „Ein feste Burg ist unser
Gott“ lernen mußte. Uebrigens ist der Mißstand in-
folge des Erscheinens des Artikels abgestellt worden.

— Staatsanwalt Keller hielt nur einige Kaszifikationen des
Lehrers Stiller für erwiesen, keineswegs aber die in dem Artikel
behauptete tendenziöse Beeinflussung evangelischer Kinder zum Zwecke
der Profeyktenmachererei. Der Artikel habe eine beleidigende Absicht
und der Schluß des § 193 könne nicht gewährt werden, da der An-
geklagte Abhilfe eines Uebelstandes durch Mitteilung an die vor-
gesetzte Behörde hätte erstreben können, nicht aber durch Veröffentlichung
eines beleidigenden Artikels. Er beantragte 100 M. Geld-
strafe event. 10 Tage Gefängnis und Publikation im Posenener Tageblatt.

— R.-L. Wagenanzug beantragte Freisprechung, da der Wahrheits-
beweis vollkommen gelungen sei. Die Beweisaufnahme habe ein
überaus betrübendes Bild erbracht. Es sei höchst traurig, daß ein
Lehrer von 22 Jahren eine so verantwortliche Stellung zuertheilt er-
halte und daß die Aufsichtsbekörde noch einem Strafantrag gegen
denjenigen stelle, der einen schwächeren, von jedermann zu verurteilenden
Mißstand aufdecke. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung,
da der Wahrheitsbeweis erbracht sei und der Artikel formale Be-
leidigungen nicht enthalte.

Der Prozeß gegen den Bankier Saly Glas wurde gestern
vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Ende geführt. Aus
der Beweisaufnahme ist noch hervorzuheben, daß der Sach-
verständige Bürgerrevisor Ohme (nicht Anwalt, wie gestern irrtümlich
gemeldet wurde) wiederholt der Vermutung Ausdruck gab, daß nach
dem Zustande, in welchem sich die Geschäftsbücher befanden, der
Angeklagte die ganze Sache möglicherweise von langer Hand vorbereitet
haben konnte. Die Buchführung sei so mangelhaft gewesen, daß sich
nicht feststellen lasse, wo die großen Summen geblieben seien. Unter
den vom Angeklagten Geschädigten befindet sich auch ein Mann, der
vollständig erblindet ist und seine letzten Habeligkeiten in Höhe von
1500 M. bei dem Angeklagten verloren hat. — Der Verteidiger
plädierte nachdrücklich für mildernde Umstände, die von den Ge-
schädigten auch bewilligt wurden. Der Staatsanwalt beantragte
6 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust; das Urteil lautete auf
4 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

Die bekannte Dienboten-Mißhandlung, die dem Kaufmann
Richard Fran durch schöffengerichtliches Erkenntnis eine Gefängnis-
strafe von einem Monat eingetragen hatte, beschäftigte gestern
die dritte Strafkammer des Landgerichts I in der zweiten Instanz,
da von beiden Teilen Berufung eingelegt war, von der
Staatsanwalt wegen der Geringfügigkeit, von der Verteidigung wegen
der Höhe des Strafmaßes. Der Sachverhalt dürfte bekannt sein.
Da Fran mitgeteilt worden war, daß die Tisfat Wäscheküde
seiner Frau trage, wollte er sich hiervon überzeugen. Die
Tisfat mußte ihre Oberleidung lüften, Fran überzeugte sich, daß die
Tisfat ihre eigene Wäsche trug. Nun verlangte der Angeklagte, daß
sie sich völlig ausziehe, sonst würde er sie mit dem „grünen
Bogen“ fortbringen lassen. Die Tisfat zog sich aus bis aufs
Hemd, der Angeklagte verlangte aber, daß auch dieses
falle. Fran fragte sie nun, ob er sie auf der Stelle
zuchtigen oder sie der Polizei übergeben solle. Das geängstigte
Mädchen wählte die sofortige Züchtigung. Fran führte die völlig
unbekleidete Person nach dem Salon, wo sie sich mit dem Gesicht
nach unten über einen Stuhl legen mußte. Der Angeklagte zuchtigte
die Tisfat dann mit einem Rohrstock in der Art, wie man Kinder
zuchtigt. Die Mißhandlung dauerte und dauerte. Am Nachmittage
wollte dem Angeklagten die Furcht ankommen sein wegen seines
Verhaltens, er verlangte, daß die Tisfat ihm den geschlagenen Körper
zeige. Als das Mädchen sich weigerte, zwang Fran sie dazu.
Einige nachverständliche Herze erklärten den Angeklagten für nervös.
— Der Gerichtshof hielt die Jungfr Tisfat für durchaus glaub-

würdig, dagegen nicht für erwiesen, daß eine Körperverletzung
mittels gefährlichen Werkzeugs vorliege. Der Angeklagte habe seine
überwiegende Stellung einem Dienboten gegenüber in schämlicher
Weise gemißbraucht und die weibliche Ehre des Mädchens in
empörender Weise gekränkt. Der Gerichtshof sei deshalb über die
vom Schöffengericht festgesetzte Strafe hinausgegangen und habe
auf drei Monate Gefängnis erlannt.

Ueberstunden im Handelsgewerbe. Zwei Hausdiener des
Kaufmanns Wahlburger waren von einer Geschäftstour, die
nach Meinung des Principals bereits am Nachmittage be-
endet sein konnte, erst abends gegen 1/8 Uhr zurück-
gekommen. Herr Wahlburger forderte sie auf, noch zu
Bertheim zu gehen; sie wollten dies aber nur thun, wenn ihnen
die Ueberstunden bezahlt würden. Das kostete ihnen die Stellung.
Es kam dann zu einem Rechtsstreit vor dem Gewerbegericht.
Die Kläger verlangten wegen unberechtigter Entlassung Lohn-
entschädigungen von 40 und 34 M. Die Kammer VIII nahm auf
Grund der Verhandlung an, daß die Kläger am fraglichen Tage
wegen des starken Schneefalls und der Entfernungen, die zurück-
zulegen waren, nicht auf vor Abend im Geschäft wieder hätten ein-
treffen können. Der Beklagte wurde verurteilt, die Ansprüche
der Kläger zu erfüllen. Der Vorsitzende Dr. Meier führte begründend
aus: Als Entlassungsgrund konnte hier nur ein unbefugtes Ver-
lassen der Arbeit oder eine beharrliche Weigerung der dem Arbeiter
nach dem Arbeitsvertrage obliegenden Verpflichtungen in
Betracht kommen. Es liege aber keins von beiden vor.
Zunächst stehe fest, daß die späte Rückkehr der Kläger dem Schneefall
zur Last zu legen sei. Wenn unter diesen Umständen der Arbeitgeber
des Abends zwischen 1/8 und 1/8 Uhr von den Leuten noch verlange,
sie sollten zu Bertheim gehen, und dann auf ihre Frage, ob sie die
Ueberstunden bezahlt belämen, einfach „nein“ sage, so sei dies
Verhalten dem Gericht absolut unverständlich. Jedenfalls seien die Leute
daraufhin nicht verpflichtet gewesen, den
Gang zu machen.

Moralische Eroberungen in der Nordmark. Ein etwa
1300 dänische Mitglieder zählender Geselliger Verein in Thyrstrop
wollte im Oktober 1897 in seinem eigenen Gesellschafts-
hause ein Vergnügen abhalten. Am 19. Oktober schloß des-
halb der Amtsvorsteher sämtliche Vereinsräume und
begründete das Verbot damit, daß zu besichtigen gewesen sei, daß
die Räume während des Vergnügens zur unbefugten Ausübung des
Schankegewerbes benutzt werden würden. Der Vereinsvorstand
klagte darauf im Verwaltungs-Streitverfahren und machte geltend,
in den fraglichen Räumen hätten Speisen und Getränke nicht ver-
abreicht werden sollen. Der Kreisaußschuß wies jedoch die Klage ab
und führte aus, es sei notorisch, daß in den Vereinsräumen von den
Mitgliedern häufig Speisen und Getränke genossen würden, die sich
die Leute von einem im Gesellschaftshause wohnenden Kaufmann holten.
Bezirksaußschuß und Ober-Verwaltungsgericht erkannten
ebenfalls zu Ungunsten des Klägers. Das Revisionsgericht
sprach aus, es sei für die Annahme einer Schankwirtschaft
nicht notwendig, daß die Person, welche Getränke verkaufe,
eine Verfügungsgewalt über den Raum besitze, worin das Getränk
verkonsumiert werde. Auch dann sei eine Schankwirtschaft zu ver-
muten, wenn man bei dem Verkauf von Getränken annehmen könne,
letztere würden in der Nähe verzehret.

Vor dem Schwurgericht zu Potsdam fand gestern die Ver-
handlung gegen den Tapezierer Köberle statt, der am 3. Januar
dieses Jahres in einem Gasthof zu Berder a. S. sowohl seine Frau
wie auch sein Kind erwürgt hat. Der Mörder wurde zum
Tode verurteilt.

Vermischtes.

Schneestürme. An der Mosel und Saar wüthete ein
heftiges Unwetter, das von Gewitter und Hagel begleitet war.
Beide Flüsse haben gewaltiges Hochwasser. Ähnlich wird gemeldet:
Der Kleinbahnbetrieb auf der Strecke Riebbüll-Dagebüll
ist eingestellt. Die Beförderung von Eisenbahngütern zwischen dem
Festland und Wyl auf Föör und Amrum ist infolgedessen unter-
brochen. — Durch Schneeverwehung ist die Strecke Woyens-
Hadersleben unsahrbar, der Betrieb wird voraussichtlich morgen
vormittag wieder aufgenommen werden.

Untergang eines Petroleumdampfers. Aus Saku am
Caspischee wird berichtet: Der Dampfer „Roiffel“, Eigentum
der Firma Kobel, ist untergegangen. Von der aus 28 Mann
bestehenden Besatzung wurden nur zwei als Leichen wiedergefunden.

Rescue aus Cecnot. Aus Atherfield (Insel Wight) wird
berichtet: Am Atherfield-Riff strandete vorgestern die deutsche Bark
„Augusta“, von dem Rettungsboot wurden nach großen An-
strengungen die 18 Mann Besatzung der „Augusta“ gerettet.

Die „eiserne Hochzeit“ wurde in den letzten Tagen von dem
Bahnwärter a. D. Schulze und dessen Ehefrau in Burg-
Lemnitz gefeiert. Beide Ehegatten sind 92 Jahr alt und erfreuen
sich noch einer nur wenig gestörten Gesundheit.

Eine Falschmünzer-Verhaftung im Gefängnis. In Koto-
rosski wurden, wie wir schon Blätter melden, im städtischen Gefängnis
kürzlich 7 Strafgefangene überrascht, die sich mit Falschmünzerei
befaßten. Bei der vorgenommenen Durchsuhung fand man ent-
sprechende Abasterformen und verschiedenen Zubehör zum
Prägen der Münzen, Säuren, Del, Salmasalge, sowie eine Menge
Messer und andre Gegenstände. Die Strafgefangenen erklärten auf
Verfragen, daß sie diese Sachen ohne Schwierigkeiten von den Soldaten
der Wache erhielten. Mit dem Vertrieb der sehr sorgfältig nachgemachten
Münzen befaßten sich ebenfalls die Schildwachen. Sie nahmen die Münzen
während der Nacht in Empfang und setzten sie am nächsten Morgen
auf dem städtischen Markt ab. Die Fabrikation der Münzen wurde
seit Ende November betrieben, als der Ofen in der Helle regelmäßig
geheizt wurde. Zu dem Ofen fand man noch 20 bis 30 falsche
Fünfzehn-Kopekenstücke.

Marktpreise von Berlin am 16. Februar 1900

nach Ermittlungen des		Igl. Polizeipräsidiums.			
Waren	D.-Str.	15,30	14,-	1,60	1,10
*) Weizen		14,30	13,80	Schweinefleisch 1 kg	1,80
*) Roggen		13,90	13,-	Rindfleisch	1,80
Butter-Große		15,-	14,20	Butter	2,90
*) Käse gut		14,10	13,40	Gier	60 Stüd
*) mittl.		13,80	12,00	Karssen	1 kg
*) gering		4,10	4,-	Kale	2,80
*) Rindfleisch		7,-	4,50	Rinder	2,50
*) Schweinefleisch		40,-	25,-	Heute	2,-
*) Speck		45,-	25,-	Verste	1,60
*) Schmalz		70,-	50,-	Erdsee	2,80
*) Kartoffeln, neue		7,-	4,50	Steie	1,40
*) Weizen, beste 1 kg		1,60	1,20	Archie	per Scho
*) do. 2. Hand		1,20	0,90		

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landes-
wirtschaftsministerien — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizei-
präsidium für den Doppelcentner. *) Kleinhändlerpreise.

Produktenmarkt vom 17. Februar. Die Preisgestaltung in
Getreide war heute im Wesentlichen zu der bisherigen Tendenz ungunstig
beeinflusst durch das wieder Erwarten schnell eingetretene Tauwetter und
weichende Weizenpreise in Frankreich und Nordamerika. In ganz Mittel-
europa hat der plötzliche Witterungsumschlag heftige Verluste hervor-
gerufen, während gleichzeitig das inländische Angebot effizienter Ware un-
verändert fortdauert und die Kaufkraft ungünstig steht. Weizen, der besonders
hart offeriert und überdies durch starke Verhüttungen Argentiniens im
Preis gedrückt war, gab 1,50 M. nach. Roggen war 1 bis 1,25 M. billiger
zu haben. Dagegen konnte sich Hafer gut behaupten. Hafer fand keine
Beachtung.

Am Spiritusmarkt wurden 20 000 Liter loco 70er mit 47,10 M.
(- 0,10) gehandelt.

Table with weather forecasts for various stations including Berlin, Hamburg, and others, listing temperature and weather conditions.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 18. Februar 1900. Ein wenig kälter, ziemlich trübe mit Niederschlägen und frischen südwestlichen Winden.

Städtischer Schlachthofmarkt, Berlin, 17. Februar 1900. Umlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 5434 Rinder, 1699 Schafe, 9344 Schweine.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Den Mitgliefern die traurige Mitteilung, dass unser langjähriges Mitglied, der frühere Lagerverwalter Rudolf Duchmain...

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, dass unsere geliebte Tochter Martha am Donnerstag, den 15. cr., abends 11 1/2 Uhr, im 19. Lebensjahr sanft entschlafen ist.

Kranke - Unterstützungsband der Schneider. Unser Mitglied K. Romahn ist am 16. d. M. verstorben. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr von der Charité aus nach dem Charité-Friedhof in der Mädelstraße 156/4 statt.

Nachruf. Am 13. d. M. verstarb plötzlich unser alter guter Freund und Genosse Rudolf Duchmain im 75. Lebensjahre. Dies zeigen trauernd an seine langjährigen Freunde. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. d. M., nachmittags 1/4 Uhr von der Charité aus nach dem Charité-Friedhof in der Mädelstraße 156/4 statt.

Dankfagung. Allen Genossen, Freunden und Bekannten für die Beerdigung u. Kranzsende bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unsern guten Vaters Georg Woitas, weisen herzlich Dank. Wwe. Woitas nebst Kindern.

Zunungs-Krankenkasse der Köpfer. Mittwoch, den 21. Februar 1900, abends 7 Uhr: Deutl. Generalversammlung bei Feind, Weinstraße 11. Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Renouveau des Vorstands, 3. Beilegung der Gehälter, 4. Bericht des Julius Bräunlin, Vorsteher, 5. Emilian Hoffmann, Schriftführer, 6. Heineke, 10. 2149b

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Metzner's Korbwaren-Fabrik. Berlin, Andreadstr. 23, vis-a-vis dem Andreadplatz. II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-a-vis Humboldt. III. Geschäft: Beuststr. 67 (Moabit). IV. Geschäft: Leipzigerstraße (Spittelkolonnen) Kindervagen, größtes Lager Berlins. 1000 Mark zahlbar in 10 Raten.

Benutzt zum Waschen der Wäsche nur Karol Well's Seifenpulver.

Wein zum Ansehen sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack, garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. 65.-, Oxhoff M. 120.-, Berlin SW., Eugen Neumann & Co., Hollmannstr. 16. Amt IV. 9676.

Brunnenbad, Brunnenstr. 16. Loh-Taunin, Dampf, Heißluft und Sandbäder, sowie alle Bäder einzelner Körperstellen (Arme, Beine). Kohlensäure Bäder mit Rumpfbäder. Massage-Anstalt mit neuen mech. Apparaten (1 Tr.). Wasser seit 1854. - Kein geprüfter Kurort in Preußen. - Seit 10 Jahren für sämtliche Krankheiten. Wasserg-Quelle: Tarmstr. 46, von 4-6 Uhr. H. Mania und Frau.

Wo baden Sie? in der Bade-Anstalt Norden, Lortzingstr. 33. Dampf, Heißluft, Loh-Taunin, Bannen u. sämtl. medizinische Bäder. Montag u. Donnerstag: Dampfbad für Damen den ganzen Tag. Preis: 10 Pf. (inkl. Toiletten). 3729L

Gesundheit ist Reichtum! Dampf- und Heißluft-Bäder wirksamstes, erfolgreichstes und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankenhäuser. 3300L

Bad Frankfurt Ritter-Bad 136 Gr. Frankfurterstr. 136 18. Ritter-Strasse 18. Specialität: Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heißluft-, Loh-Taunin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilz. wöchentlich. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Möbel und Polsterwaren. Grobes Lager Arbeit, außerst billige Preise, empfiehlt A. Schulz, Reichenbergerstr. 5. Auch Teilzahlungen!

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe u. Maß, Tomporowski, Schneiderstr. 16, II, an der Annenstr. (Kuch bar Rassa billige Preise).

30 Mark!! elegante Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Herren-Anzüge nach Mass 30 Mk. hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hohelegante Bekleidungen nach Mass, 3000L, guter Stoff, tadelloser Sitz. Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Köln Laden. 1 Tr.

Verlauf und Tendenz. Das Rindergeschäft wickelt sich im ganzen schlepplend ab und hinterläßt Ueberfluß. Schwere junge Stiere waren knapp und rasch vergriffen; schwere Ochsen schwer veräußert. Der Rinderhandel gestaltete sich gedrückt und schleppend, es wird kaum ausverkauft. Bei den Schafen war der Geschäftsgang ruhig, es wird voranschrittlich geräumt. Der Schweinemarkt verlief ganz ruhig und es wird voranschrittlich ausverkauft.

Table with theater repertoire for Sunday, Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, Friday, and Saturday, listing plays and actors.

Neues königliches Opern-Theater. Diesen Sonntag: Urie! Kosia. Nächsten Sonntag: Faust. Anfang 7 Uhr. - Residenz-Theater. Alle Abende: Die verführte Welt. - Metropol-Theater. Alle Abende: Die verführte Welt. - Central-Theater. Alle Abende: Die kleine Greuelin. - Thalia-Theater. Alle Abende: Im Himmelhof. - Victoria-Theater. Alle Abende: Berliner Bilder. - Carl-Weiß-Theater. Alle Abende: Die Jagd nach dem Glück.

Rohtabak. Sumatra von Rf. 1.00-1.50. Loosgut, Bd. 85 Pf., empfiehlt Carl Roland, 3a Rottbuserstr. 3a. 34890

Neues Rohtabak-Lager bietet Fabrikanten besondere Vorteile in guten Qualitäten zu billigen Preisen. - En gros. En detail. A. Fischer, Auguststraße 39, nahe Kottbuscherstr. 34890

Roh-Tabak. P. E. Platt & Söhne, Brunnenstr. 16. billige Preise 34850

Roh-Tabak Max Jacoby Strelitzerstrasse Nr. 52. billige Preise 34850

Rohtabak. Größte Auswahl. - Billige Preise. Güter Brand! - Vorzügliche Qualität! Zämlische 34870

Fabrikations-Unternehmen. Neue Formen, sehr große Auswahl zu Original-Fabrikpreisen. Heinrich Franck, 185. Brunnenstr. 185.

Engelswerk C. W. Er zels in Foche 31, b. Solingen. Grösste Stahlwarenfabrik mit Versand an Private.

Preisliste (243 Seiten) sammt und portofrei

Nach beendeter Inventur Teppiche Salongröße a 5, 8, 10-500 M. Preis Gelegenheitskäufe in Teppich, Gardinen, Vorhängen, Möbelstoffen, Tischdecken etc. ca. 450 Kabinettungen, gratis und franco. Emil Lesèvre, Berlin S. Teppich-Specialhaus Oranienstr. 158.

Specialärztl. Institut Dr. B. Lasker 42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). Spec. operationsloses Heil-Verfahren ohne Berufshilfe für Weineiden. Erprobte Methoden bei Gicht, Lupus und anderen 34830

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Ohrenleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Ohrenleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Ohrenleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Ohrenleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Nasen- und Ohrenleiden ohne Berufshilfe. Sprechstunden 9-2, 5-9. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt. Krüger, C. S. Ob ein Mitglied wegen eines solchen Bergehens aus dem Verein ausgeschlossen werden kann, hängt lediglich vom Wortlaut des Statuts ab. Zur Niederlegung des Vorstands zwingen Sie den Herrn wohl am besten, wenn Sie die Angelegenheit durch Einbringung eines Tadelvotums zur Debatte bringen.

Table with theater repertoire for Sunday, Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, Friday, and Saturday, listing plays and actors.

Albert Marquard Berlin, Neanderstr. 26. Dampf-Essenz-Fabrik, gegr. 1858, empfiehlt seine vielfach prämierten Essenzen für Maitreue und alle anderen Spirituosen, und als eigene Specialitäten feinen Jamaica-Rum-Extrakt. 50 Pf. Jam.-Rum-Extrakt mit 1 Tr. 95 % Weingeist und 1 Tr. Wasser gemischt, ergibt einen vorzüglichen Rum.

Masken-Garderobe verleiht billigt. Institut C. Frommholz Blauerstr. 78, Ecke Adlerstr. Neueste Saison-Modellen Damen- u. Herrenkostüme in Atlas u. 1.50 M. ab. Vereinen bedeut. Ermäßigung.

Rein Husten mehr! Asthma. Die Heilkraft v. Georg Pohl's Brombeersaft ist erprobt bei Asthma, Keuchhusten, Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Heiserkeit, Auswurf, Verstopfung, Schilddrüsenerkrankungen, Krämpfe im Hals, Nacht- und Morgenstich, Husten, Erstickung und Schlaflosigkeit, welcher ärztlich empfohlen ist. Preis per Fl. 1 M. 10 Pf. 9 M. Für Kinder empfehle gleichzeitige Inhalation.

Zahn-Klinik Vr. Dr. Olga Jacobson, Dent. 8021, Invalidenstr. 115.

Falbe, 44. Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Haarleiden ohne Berufshilfe. Sprechst. 9 u. 6 bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz. 34540

Dr. Simmel, Moritzplatz, 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, 1.

Natur-Heilverfahren. Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauenkrankheiten, Heil ohne Berufshilfe. 34440, Walfische 23, R. Wagner, 9-2, 5-9, 11-2

Maskengarderobe von Adolf Runge, Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage, (Grobes Lager von Karneval-Aufhängen).

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Zähne 2 M. reell und gewissenhaft. Plombieren v. 1 M. an. Zahnstich, Schmerzlös. Sprechst. 8-8. Sonntag 8-6. Blumenstraße 25. N. Lange, Ecke Marktstraße.

Masken-Kostüme empfiehlt 35530 Karl Ernst, Köpnickstr. 126, I. Sorge für diese Annonce erh. 10 Proz. Preisermäßigung.

Fahrräder - Nähmaschinen verschiedene Marken, auch wenig gebrauchte, zu billigen Preisen. Reparaturwerkstätte. Fahrrad. Sämtl. Zubehör, Teilzahl. gehaltert. Carl Karas, Langestr. 17. 34880

Baustellen in Schöneberg mit möglicher Anzahlung, genehmigter Zeichnung und Baugeld. Abrechnen unter G. 2 an die Expedition des „Vorwärts“. 24169

Rein Husten mehr! Asthma. Die Heilkraft v. Georg Pohl's Brombeersaft ist erprobt bei Asthma, Keuchhusten, Lungenleiden, Bronchialkatarrh, Heiserkeit, Auswurf, Verstopfung, Schilddrüsenerkrankungen, Krämpfe im Hals, Nacht- und Morgenstich, Husten, Erstickung und Schlaflosigkeit, welcher ärztlich empfohlen ist. Preis per Fl. 1 M. 10 Pf. 9 M. Für Kinder empfehle gleichzeitige Inhalation.

Zahn-Klinik Vr. Dr. Olga Jacobson, Dent. 8021, Invalidenstr. 115.

Falbe, 44. Elsasserstr. 44. Behandlung aller Haut- u. Haarleiden ohne Berufshilfe. Sprechst. 9 u. 6 bis 9 abends, Sonntag u. Donnerstag 9-3. Bei Verlegung der Verbandstagen 10 Proz. 34540

Dr. Simmel, Moritzplatz, 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Haarleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für Haut- u. Harnleiden. Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1, 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8: Friedrichstrasse 114, 1.

Natur-Heilverfahren. Haut-, Harn- u. Blasenleiden, Frauenkrankheiten, Heil ohne Berufshilfe. 34440, Walfische 23, R. Wagner, 9-2, 5-9, 11-2

Maskengarderobe von Adolf Runge, Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075, empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage, (Grobes Lager von Karneval-Aufhängen).

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Der Gichtanfall der heutigen Nummer liegt ein Prospekt des Tuch-Verhandlung Wilkes & Co. in Rachen bei.

Wie der „Kommunal-Freisinn“ die Selbstverwaltung verteidigt.

Vor allem werden wir eins festhalten müssen — und da, glaube ich, werden Sie mir alle mit kaum einer oder einigen unzulässigen Ausnahmen beistimmen — eins muß uns vor allem heilig sein: die Selbständigkeit unserer Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu wahren und gegen jeden äußeren Angriff zu verteidigen.

Bekanntlich wurde im Jahre 1898 aus der Mitte der Stadtverordneten-Versammlung heraus eine Vermehrung der Schuldeputation angeregt. Es geschah dies in der ausgesprochenen Absicht, die Wahl des Genossen Singer in die Schuldeputation zu ermöglichen und damit eine Vertretung der Socialdemokratie in dieser wichtigen Verwaltungskörperschaft herbeizuführen.

Sammlung die Vornahme dieser Neuwahl ab, da sie ein „Bestätigungsrecht“ des Magistrats nicht anerkennen konnte; nach Ansicht der Versammlung blieb also Singer gewähltes Mitglied der Schuldeputation, trotzdem auf Geheiß des Kultusministers der Magistrat ihn nicht in sein Amt einführte.

Dem entspricht das Verhalten der Mehrheit bei der Mitteilung der verwaltungsgerichtlichen Erkenntnisse, durch welche die Errichtung eines Portals am Friedhof der Rarigefallenen verboten wurde.

Die „Neue Pinte“ und die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung gaben durch offizielle Redner ihren Standpunkt in dieser Frage kund; die „große Fraktion der Linken“, welche für sich allein fast die Mehrheit der Versammlung bildet, und in ihrer Mitte auch zwei Reichstags-Abgeordnete der freisinnigen Volkspartei hat, — sie blieb ebenso stumm, wie die ihr eng verbundene „Rechte Fraktion“.

die leidige Angelegenheit endlich erledigt ist und daß nunmehr die Sonne hüßlicher Günst durch keine Wolke verhüllt wieder der königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin leuchtet.

Aber man darf den Herren auch nicht unrecht thun: mitunter sind sie doch gegen Eingriffe in die Selbstverwaltung recht empfindlich. Sie haben es noch heute nicht vergessen und vergeben, daß im Jahre 1898 die Stadt Berlin durch die Regierung gezwungen wurde, das Anfangsgehalt der Lehrer von 1000 auf 1200 M. zu erhöhen.

Wenn man näher zusieht, so erkennt man auch das Princip, welches dieser Haltung zu Grunde liegt. Bedingt ein „Eingriff“ der Staatsregierung keine Kosten für die Stadt, so kann man über die Sache hinwegsehen.



Goldwaren-Industrie Belmonte & Cie. bringen hierdurch zur gef. Kenntnis, dass am 21. Februar d. J. der Einzelverkauf, Fabrik, Versand und Export nach den gesamten Parterre-Räumen des Hauses Königstr. 46 verlegt wird.

Mosevius & Zimmermann Möbel. • Vereinigte Berliner Möbeltischler. • Möbel. 5 Jahre Garantie. Alexanderstr. 42 am Alexanderplatz vis-a-vis dem Polizeipräsidium.

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen Stube und Küche 3 Zimmer und Küche 2 Stuben und Küche Hochelegante Einrichtungen

Acht-Stunden-Bitter ist ein neuer, sehr gesunder Magen-Liqueur. Eberhard Süssbrich & Co., Liqueur-Fabrik, Berlin SW. 47.

Schönheit der Zähne ist eine Ehre. Max Guckel, Zahnkünstler, Lanziger Platz 2.

J. Baer, BERLIN N. nur Gesundbrunnen 26, Badstraße 26, Ecke Prinzen-Allee.

4000 ehrende Anerkennungen! 50000 Kunden! Achten Sie auf die heutige Beilage von Wilkes & Cie., Aachen.

Max Guckel, Zahnkünstler, Lanziger Platz 2. Besteht aus Metall und wohldefiniert. Künstliche Zähne in tadelloser Ausführung von 3 M.

J. Brünn (Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4. Teppiche! Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischzeug! Handtücher! Fertige Wäsche!

Kinderwagen. Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- und Ziegenbockwagen, Kinderklappstühle, sämtl. Korbwaren etc.

Steppdecken kauft man am besten und billigsten nur direkt in der Fabrik B. Strohmandel, Berlin S., 72, Wall-Strasse 72.

Echt chinesische Mandarinendaunen das Pfund Mk. 2.85. Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46.

Arbeits-Bekleidung für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Brillenre. D. Wurzel & Co., Wrangel-Strasse 17, Ecke Mantuffel-Strasse.

Zahnärztliches Institut, Alexanderplatz 1 (Sand Aschinger). 3592L*

Tuch-Reste die in unsrer Fabrik täglich entstehen, geben, um damit zu räumen, spottbillig ab. Lehmann & Assmy Tuchfabrik, Spremberg L.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost)
 Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, bei Herrn Brüder, Waldemarstr. 75:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Dr. J. Zadek über: „Die Influenza-Epidemie.“ 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
 Gäfte haben Zutritt.
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr:
Versammlung
 im Lokale Schultheiß, Neue Jakobstraße 24-25.
 Tages-Ordnung:
 1. Öffentlicher Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Bloss über: Die Staatskunst Bismarcks. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
 Gäfte haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gleichert, Schulstr. 29:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Eduard Warnst über das neue Invaliden-Versicherungs-Gesetz. 2. Diskussion. 3. Berichtsangelegenheiten.
 Gäfte haben Zutritt.
Der Vorstand.

Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal von Lips (Friedrichshain):
Volksversammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten A. Bebel über: „Die lex Heinze und die öffentliche Sittlichkeit.“
 Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, ersucht.
Die Vertrauensperson.

Achtung! MAURER. Achtung!
 Mittwoch, den 21. Februar 1900, abends 8 Uhr:
Grosse Mitgliederversammlung
 oder zum
Streikgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen
 im Lokale Sandfouci, Kottbusserstraße Nr. 4a.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen G. Wagner. 2. Diskussion. 3. Beschlussfassung über die Sammlung zum Streikfonds. 4. Berichtendes.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Regen Besuch erwartet.
Die Verbandsleitung.

Verein Berliner Jalousie-Arbeiter u. Berufsgenoss.
 Montag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, im Vereinslokal Nichte Straße 34 bei Zenker
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtigung des Protokolls. — 2. Aufnahme neuer Mitglieder. — 3. Kassenbericht. — 4. Renouveau des Vorstandes. — 5. Werkstatt-Angelegenheiten. — 6. Berichtendes.
Der Vorstand.

Achtung! Graveure! Ciseleure! Achtung!
 Dienstag, den 20. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr, im Dreddener Garten, Dreddenerstr. 45:
Große öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vertrauensmannes über die Renouveau des Vorstandes. 2. Bericht des Gewerkschafts-Delegierten und Renouveau des Vorstandes. 3. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil über: Das Invaliditäts-Versicherungsgesetz. 4. Diskussion.
 Kollegen! In Anbetracht der wichtigen sowie reichhaltigen Tages-Ordnung erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen.
Der Vertrauensmann.
 Der Kassierer der Filiale ist anwesend. Die Filial-Versammlung des Verbandes fällt zu Gunsten der öffentlichen Versammlung aus.
Der Vorstand.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!
 Dienstag, den 20. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27 c:
Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Kater. 2. Diskussion. 3. Berichts-Angelegenheiten. 4. Berichtendes.
Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Berlins
 Eingeladene Hilfskassa 88.
 Dienstag, den 27. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11:
Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Rechnungslegung pro IV. Quartal 1899. 2. Renouveau des gesamten Vorstandes und Ausschusses. 3. Berichts-Angelegenheiten.
 Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ersucht um zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand. Carl Butz, Vorsitzender.

Kostümschneider und -Schneiderinnen.
 Dienstag, den 20. Februar cr., abends 9 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandanten-Str. 20,
Gr. Verbands-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Beratung und Stellungnahme zum neuen Tarif der Kostümschneider und -Schneiderinnen Berlins. 2. Diskussion. 3. Berichtendes.
 Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Zutritt.
 Um irge Beteiligung sämtlicher Verbandsmitglieder ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
heute, Sonntag, vormittags 9 1/2 Uhr:
Versammlung sämtl. Vertrauensmänner
 Brauerei Friedrichshain (Lipp's), Am Friedrichshain 22/29.
 Tagesordnung: Beschlussfassung über unser Vorgehen.
Verbandsbuch und Vertrauensmänner-Karten legitimieren.
Die Ortsverwaltung.

Achtung, Möbeltischler!
Heute, Sonntag, mittags 12 Uhr:
Oeffentl. Versammlungen sämtlicher Möbeltischler
 1. Brauerei Friedrichshain (Lipp's), Am Friedrichshain 22/29,
 2. in **Kellers Festsälen**, Koppenstraße 29.
 Tagesordnung: Beschlussfassung über unser Vorgehen.
Jeder Kollege muß erscheinen.

Achtung!
Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umg.
 Sonntag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr:
General-Versammlung
 „Brauerei Friedrichshain“, Am Königsthor.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Bundesangelegenheiten. 4. Vorstandsbericht.
 Um pünktliches Erscheinen ersucht.
Der Vorstand.

Achtung! Vergolder! Achtung!
Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
 Filiale Berlin.
 Montag, den 19. Februar 1900, abends 8 Uhr:
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung
 in den Arminhallen (großer Saal), Kommandantenstraße 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Fortsetzung der Diskussion über die Anträge zur Generalversammlung. 2. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. 3. Berichtendes.
 Kollegen und Kolleginnen, sorgt dafür, daß nicht ein einziges Mitglied wegen der hochwichtigen Tages-Ordnung dieser Versammlung fernbleibt.
Der Vorstand.

Centralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter
 Bureau: Bischoffstr. 13, Telefon Amt V. 3001.
Kutscher aller Branchen!
 Sonntag, den 18. Februar, abends 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c:
Große öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Wie stellen sich die Berliner Kutscher zur neuesten Straßenpolizei-Verordnung? 2. Das neue Kundschriften der Berliner Spediteure und welche Konsequenzen ziehen wir daraus? 3. Freie Aussprache und Beschlussfassung.
 Jeder Kutscher muß in dieser Versammlung erscheinen.
 Nach der Versammlung: Gesellschaftliches Beisammensein mit Tanz.
Die Vertrauensmänner: Martini und Schulz.

Centralverband der Stuccateure
 (Filiale Berlin).
 Montag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, bei Buske, Grenadierstrasse 33:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Martwald über: Gedanken zur Jahrhundertwende. 2. Abrechnung vom IV. Quartal und Bericht des Vorstandes. 3. Berichtendes Anträge.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreiches Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Cementierer. Achtung!
 Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 der Zahlstelle IV des Centralverbandes deutscher Maurer bei Schiller, Rosenthalerstraße 57.
 Tages-Ordnung:
 1. Jahresabrechnung. 2. Vorklage. 3. Berichtendes.
 Aufnahme neuer Mitglieder während und nach der Versammlung.
Der Vertrauensmann.

Tapezierer.
 Dienstag, den 20. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr,
Versammlung beider Filialen.
 Filiale Nord, Brunnenstr. 188:
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Berichtendes.
 Filiale Süd, Marienstr. 83:
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Schütte. 2. Diskussion. 3. Berichtendes.
Der Vorstand.

Max Kliems Fest-Säle, Hasenheide 13, 14, 15.
 Im neuen Festsaal, Eingang Hasenheide 13, jeden Sonntag, Gr. Instrumental-Konzert. Anfang 6 Uhr. Entree 20 Pf., Vorverkauf 25 Pf. — Nach dem Konzert Tanzkränzen! — In den Nr. 14 und 15 belegen Sälen jeder Sonntag: **Grosser Ball!** Anfang 4 Uhr, Ende 2 Uhr. — Empfehle meine gesamten Säle Vereinen und Gesellschaften zu Versammlungen und Festlichkeiten. — Die Osterfeiertage sind noch zu Marnees zu vergeben.
Max Kliem.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Dienstag, den 20. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung für Rixdorf
 im Lokale des Herrn Mercier, Steinmetzstr. 55.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Kollegen Nachtigall über: In welchem Staate ist die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter am günstigsten?
 Mittwoch, den 21. Februar 1900, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung der Klempner
 in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Sachse. 2. Diskussion. 3. Wahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission.

Die Vertrauensmänner-Versammlung für den Süden fällt diesen Monat aus.
Die Ortsverwaltung.
Drechsler!
 Die Kommissions-Mitglieder der Drechsler werden ersucht, am Montag, den 19. Februar, abends 6 Uhr, sich im Streikbureau („Arminhallen“) einzufinden.
Achtung! Achtung!

Verband der Sattler u. verwandter Berufsg.
 Sonnabend, 24. Februar, in den Besanträumen der Berliner Resource, Kommandantenstr. 37.
Großer Wiener Maskenball.
 Anfang 8 1/2 Uhr. Gäfte herzlich willkommen. Kaffeepause 1 Uhr.
 Billets a 50 Pf. sind zu haben bei: W. Paschke, Langestraße 103; F. Habermann, Rübenerstraße 25, sowie in den Versammlungen und bei bekannteren Kollegen.
 Um zahlreiches Besuch bittet.
Das Komitee.

Dieterichs Festsäle, Brunnenstr. 34, (früher Vestin.)
 Jeden Sonntag großer Ball. Anfang 4 Uhr.
 Empfehle den geübten Gewerkschaften, Vereinen, Fabrikanten u. meine Säle, 80 bis 600 Personen fassend (mit Bühne), zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art. — Vereinsmitglieder zu vergeben.
renoviert!
F. Scholz' Festsäle, Gr. Frankfurterstr. 74
 Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag: **Grosser Ball.** Außerdem Sonnabend, Mittwoch und Freitag zu Vereinsfestlichkeiten und Versammlungen zu vergeben. (Große Theaterbühne).
Johannisthaler Volksgarten, Johannisthal, Köpnickstr. u. Friedrich-Strassen-Ecks.
 Empfehle meinen neuerbauten Saal. Jeden Sonntag **TANZ.** Große Ausspannung. Kaffeelücke.
Die Ortsverwaltung.

Verfassungen.

Gegen die Erhöhung der Krankenhäuser-Pflegegelder in Charlottenburg nahm die dortige Arbeiterschaft am Freitag in einer Protestversammlung Stellung. Der Referent, Stadtv. Paul Hirsch, vertrat die Ansicht, daß es durchaus unbegründet sei, wenn die Stadtverwaltung Charlottenburgs jetzt beschließen sollte, das böse Beispiel, welches Berlin gegeben hat, nachzuahmen, wohl aber sprechen eine ganze Reihe gewichtiger Gründe gegen die Erhöhung der Kurkosten. Die finanziell nicht gut dastehende Charlottenburger Orts-Krankenkasse zählte nur 13 Wochen Unterstützung. Sie habe bereits Schritte getan, um die Unterstützungsdauer auf 26 Wochen hinauszusetzen, habe sich nunmehr aber dahin geäußert, daß sie, wenn die Erhöhung der Krankenhäuser-Pflegegelder beschlossen werden sollte, gezwungen sei, an der Mindestleistung von 18 Wochen Unterstützungsdauer festzuhalten. Eine weitere Folge des Vorgehens der städtischen Behörden würde die sein, daß die freien Hilfskassen, welche in Charlottenburg Hilfskassen haben — deren Mitglieder ja als Auswärtige betrachtet werden sollen —, die Hilfskassen auflösen würden, wodurch diese Mitglieder ihre Rechte verlieren. Besonders schwer würden aber durch die Erhöhung der Pflegegelder diejenigen getroffen, welche die Krankenhäuserkosten selbst zahlen. Viele derselben würden den geringsten Satz nicht zahlen können, dadurch würde dann der Armenetat belastet werden, und auf diese Weise gehe der finanzielle Vorteil, den die Stadt durch die Erhöhung der Pflegegelder erziele, wieder verloren. Da die Entscheidung über die beschlossene, jeder sozialen Einsicht entbehrende Maßnahme bei der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung liegt, so schlug der Referent vor, dieser Körperschaft die Meinung der Interessenten dadurch kund zu geben, daß die Versammlung folgende Resolution annehme und der Stadtverordneten-Versammlung überbende:

Die Versammlung erblickt in der beschlossenen Erhöhung der Verpflegungssätze für die dritte Klasse im städtischen Krankenhaus eine durch nichts begründete, fiskalische Maßregel. Ein derartiges Vorgehen würde die Krankenkassen auf das schwerste schädigen, der Masse der arbeitenden Bevölkerung neue Lasten auferlegen und für die Volksgesundheit von unheilvollen Folgen sein. Es wird dazu führen, daß den proletarischen Volksschichten die Bezahlung von Krankenhäuserkosten noch mehr als bisher erschwert und daß in immer höherem Maße die Armenverwaltung in Anspruch genommen wird, was einem völligen Verlust des kommunalen Wahlrechts von einer großen Anzahl der ohnehin in ihrer staatsbürgerlichen Rechte beschränkten Arbeiter mit sich bringen würde. Ein solches Vorgehen ist aber durchaus unvereinbar mit den Grundsätzen der sozialen Fürsorge. Den unbemittelten Klassen neue schwere Opfer aufzulegen, anstatt ihnen zu Hilfe zu kommen, ist eine sozialpolitisch verkehrte Maßregel. — Die Versammlung protestiert aus diesen Gründen auf das energischste gegen jede Erhöhung der Verpflegungssätze für die dritte Klasse; sie erachtet es als Pflicht der städtischen Behörden, die öffentliche Meinung zu berücksichtigen und die Stimme des Volkes nicht ungehört verhallen zu lassen. Sie spricht daher die Erwartung aus, daß die Stadtverordneten-Versammlung und der Magistrat von jeder Erhöhung der Verpflegungssätze für die dritte Klasse Abstand nehmen.

Der zweite Referent, Dr. Curt Freudenberg, beleuchtete die Erhöhung der Kurkosten vom medizinischen Standpunkt aus und bezeichnete die beschlossene Maßnahme als eine Schädigung der Volksgesundheit. Nachdem noch verschiedene Redner im Sinne der Referenten gesprochen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schmiede wurden als Fortsetzung der schon vor mehreren Wochen begonnenen Agitation wieder in zwei Versammlungen am Donnerstag und Freitag besprochen. Lange aus Hamburg, Verbandsvorsitzender der Schmiede, referierte in beiden Versammlungen. Redner bedauerte, daß die Schmiede trotz ihrer großen Anzahl und der überaus traurigen Verhältnisse, unter denen sie zu arbeiten gezwungen sind, noch immer nicht zur Erkenntnis ihrer Massenlage gekommen seien. Denn nicht nur auf dem Lande, sondern auch in größeren Städten seien die Zustände geradezu grauenvoll, namentlich sei das Kost- und Logiswesen ein stark empfindener Uebelstand. Es sei daher erforderlich, daß die Schmiede sich aufrufen, um sich der Organisation, dem Verband der Schmiede, anzuschließen. Die Frage und die Höhe fügten dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausdrücken hinzu, daß in Charlottenburg endlich die zehntägige Arbeitszeit von den Meistern eingeführt sei. Der Vorschlag konnte noch die erfreuliche Mitteilung machen, daß der Appell an die Schmiede nicht vergeblich gewesen sei, da sich während der beiden Versammlungen eine bedeutende Anzahl neuer Mitglieder aufnehmen ließen.

Eine stark besuchte Versammlung der Heizungs- und Rohrleger und Helfer tagte am 11. Februar. Der Referent Schlegel hielt einen Vortrag über die Verkürzung der Arbeitszeit im Baugewerbe. Redner gab eine kurze Uebersicht über die Kämpfe verschiedener Berufsgruppen der letzten Jahre. Bei der Branche der Rohrleger sei zu bedauern, daß von dieser noch kein Vorstoß unternommen worden, auch ihrerseits den Reunionsentwurf in den Werkstätten und auf den Bauten zu erwirken. Hier sei eine zwölfstündige Arbeitszeit keine Seltenheit. Wenn andere Berufsgruppen bereits den Bau verlassen, dann krebten die Rohrleger noch herum, um ihre 10 Stunden Arbeitszeit heranzuzwängen. Redner legte den Wert der Verkürzung der Arbeitszeit dar und forderte zum Anschluß an den Deutschen Metallarbeiterverband auf. Schließlich Diskussionsredner schlossen sich den Ausführungen des Referenten an und bekräftigten eine lebhaft Agitation für den Reunionsentwurf. Es gelangte sodann eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur Annahme.

Sodann wurde die Agitationskommission auf 11 Personen vergrößert. Derselben gehören nunmehr 3 Heizungs-, 6 Gas- und Wasserrohrleger und je 1 Helfer der beiden Branchen an. Zuschriften bezüglich der Agitation sind an die Kommission oder an das Verbandsbureau, Annenstr. 39, zu richten.

Der Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufs-genossen (Zahlstelle III, Lithographen) hielt seine Mitglieder-Versammlung am 13. d. M. ab. Sillier referierte über die Lohnbewegung im Jahre 1899 und ihre Erfolge. Redner wies auf das erfreuliche Resultat hin, daß fast alle Lohnbewegungen von 1898 bis 1899 außerhalb Berlins entweder zu Gunsten des Verbandes oder mit teilweisem Erfolg beendet seien. Dies sei natürlich nur dem

festen und geschlossenen Auftreten der Organisation zu verdanken. Dasselbe befürwortete die Aufnahme einer Statistik. Die Mithstände im Lehrlingswesen seien derart, daß ein Vorgehen in der Lehrlingsfrage unbedingt notwendig sei. Mit dem gewonnenen Resultat mühte dann an die Öffentlichkeit getreten werden, um so das Uebel wirksam bekämpfen zu können. Hierauf wurde der Rechenschaftsbericht der Ratierungskommission verlesen. Von den Einnahmen wurden 305 M. zu Unterstützungszwecken verwandt.

Charlottenburg. Die Maler, Lackierer, Anstreicher hielten am 14. Februar eine Versammlung ab, in welcher Klammung die Frage: Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation? eingehend erörtert. Redner schlägt vor, daß man die Werkstätten-Agitation einführen müsse und daß fernerhin in jeder Werkstätte eine sogenannte Vertrauensperson vorhanden sein muß, die dann mit einer zu wählenden dreigliedrigen Kommission die Agitation zu betreiben habe. Diesem Vorschlag stimmten die meisten Diskussionsredner zu, nur Griesmeyer hielt die beste Agitation in der Abhaltung von öffentlichen Versammlungen. Somit wurde auch der Antrag eine Kommission zu wählen, die die Werkstätten-Agitation zu fördern hat, gegen 4 Stimmen angenommen und Josef Schererbrandt und Böbel in dieselbe gewählt. Zum Schluß wurde auf die Lohnbewegung der Tapetenleger hingewiesen und die Anwesenden aufgefordert, keine Streikherbergsdienste zu leisten.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Morgen Montag, abends 9 Uhr, Übungsstunde in der Fritzsche, Brunnenstr. 180. Revisions-Abend und praktische Übungen unter Leitung des Herrn Dr. Wolf.

Große öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen und -Mawelle. Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 6 1/2 Uhr, bei Herrlein, Alte Jakobstr. 75. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Mann und Weib. Referentin: Fr. Ida Altman. 2. Diskussion. 3. Wie stellen sich die Berliner Schlächtergesellen zur Gründung einer eigenen Berufszeitung? Berichterstatter: Kollege Redline. 4. Gewerkschaftliches.

Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Beilage: Berlin W., Gleditschstr. 23) haben gegen die Februar-Heft erschienen lassen. In demselben wird die Serie über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten, die in früheren Heften bereits in Einzelberichten den Sozialismus in Dänemark, England, Frankreich, Italien, Dösterreich, Polen, Luxemburg, Rußland, Spanien und Ungarn behandelt hatte, fortgesetzt durch eine Studie über den Sozialismus in Finnland von Dr. Rites Robert af Urfin. — Aus dem sonstigen Inhalt des Heftes seien hervor: Friedrich Ott: Sozialismus und bürgerliches Eigentum. — George Sorel: Ueber die kapitalistische Konzentration. — Dr. Ernst Gahrman: Die Soziallogie des Genies. — Hegazin: Skizzen aus der sozialistischen Literatur und Bewegung. V. Brentano über Cobden und Nottenpolitik. — Dr. August Jodel: Die deutsche westfälische Gesellschaft und die westfälische Arbeit. — Dr. Ludwig Rann: Soziale Betrachtungen im Anschluß an Josias Fécondité. — Rumbach: Ueber die soziale Bewegung (Genossenschaftsbewegung). — Wissenschaft (Das Jenseits Preisausgeschrieben). — Renten (Produktionsgenossenschaften in England). — Ueber die chinesische Sprache und Literatur. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1.50 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Goldporzellan- und Porzellanhandlungen (Post-Zeitungsverlag Nr. 7317), sowie direkt durch die Expedition: Gleditschstr. 23, Berlin W. (Zuführung unter Kreuzband oder in geschlossenem Couvert).

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose! Nicht mit ähnlich klingenden Anpreisungen zu verwechseln. Plomben - Plattenloser Zahnersatz. Herr B. von H. schreibt: Bei zwei Kerzen zu Ihnen empfohlen, behältige Ihnen größte Zufriedenheit über die schmerzlos schmerzlosen Zahn- u. Wurzel-Operationen. Allen Leidenden sind Sie zu empfehlen.

Neu eröffnet! (36720) Neu eröffnet! Frankes Speisehalle. Neue Grünstraße 39 (zw. Kommandanten- und Seydelstr.) Jeden Tag 12 verschiedene Gerichte | Speisezeit ununterbrochen von vormittags 11 1/2 bis 10 Uhr abends. Bier 1/2, 10 Pf., 1/2, 5 Pf., Kaffee 5 Pf., Milch 5 Pf.

Special-Möbel-Kaufhaus für bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen. Theilzahlung gestattet bei kleiner Anzahlung und auf Jahre hinaus verteilte Raten. Central-Möbel-Halle Kommandantenstr. 31, Ecke Alexandrinerstrasse. Empfehlenswerte Bezugsquelle. Lagerbesichtigung erbeten.

Sie sparen das Doppelte bis Achtfache wenn Sie Ihren Rum, Cognac, Brantwein oder Liqueur mittels der echten Noas Original-Extrakte selbst bereiten. Es ist nur nötig, Weingeist, Wasser u. Extrakt zu mischen. Preis per Origin-Flasche mit genauer Gebrauchsanweisung je nach Sorte 35 Pfennig bis 1 Mark hinreichend bis zu 5 Liter Liqueur etc. Nur allein echt beim Erfinder und Fabrikanten Max Noas, N. Reinickendorferstrasse 48, (Schlingener d. Bliesentrasse, Berlin) frei Haus, ausserd. pr. Post u. 12 Pf. an franco, bei 6 Pf. die 7 gratis. Man verlange sofortigen ausdrückliche Prospekt mit wertvollen Rezepten. (37200) 500 M. demjenigen, der nachweist, daß meine Original-Extrakte trotz ihrer Gültigkeit von einem Konkurrenz-Fabrikat abstammen werden.

Glühwein-Extrakt, antiseptisch im Geschmack und Aroma, a Pf. 1.20, 5 Pf. 5.50, 10 Pf. 10. — Jamaica-Rum, echt und erst Veranheit, a Literflasche 1.60, 2.10, 2.50, 3.10, 4.50. Rum Nr. 3 Flas. 50 Proz. stark, Str. Nr. 1, 5 Pf. 4.50, 10 Pf. 9, 100 Pf. 85. Eugen Neumann & Co. 9676. Verkaufsläden: Bielefeld - Alliance - Platz 6a, Amt IV, 3679, Wilmannsstraße 25, Amt II, 2632, — Neue Friedrichstraße 81, — Drantenerstr. 190, — Genslerstr. 29, — Kommandantenstr. 67, — Grüner Weg 55, — Glatzerstr. 19, — Schöneberg Hauptstr. 129, — Charlottenburg, Kaiser Friedrichstraße 48.

Elektromotoren zum Antrieb aller Arbeitsmaschinen. Dynamomaschinen, Ventilatoren, Automobil-Motoren. Sämtliche Installations-Materialien: Glühlampen, Drähte, Bogenlampen. 3606L. Elektrische Licht- u. Kraftanlagen jeder Grösse. Kataloge, Prospekte etc. kostenfrei. Gesellschaft für elektrische Maschinen und Installationsbedarf m. b. H. Berlin N., Chausseestr. 6 (Borsighaus).

van Houtens Cacao 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen. Ein Versuch überzeugt, dass Van Houtens Cacao für den täglichen Gebrauch allen anderen Getränken vorzuziehen ist. Er ist nahrhaft, nervenstärkend, wohlschmeckend, leicht verdaulich und stets schnell bereitet. Van Houtens Cacao wird nur in den bekannten Blechbüchsen, niemals lose verkauft, da das lose ausgewogenem Cacao nichts für die gute Qualität bürgt.

Carola-Kaffee. 1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vorzüglichen, gesundheitlich zuträglichen Kaffees vorzustellen. Halb Bohnen u. halb Carola-Kaffee offen in Stärke und Geschmack ein vorzügliches Getränk, trotz dieser Vorzüge kostet 1/2 Pf. Carola-Kaffee nur 30 Pf. (3423L) Ueberall zu haben.

Rölnische Unfall-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft (Garantiemittel über 12 Millionen Mark) empfiehlt sich unter ausserordentlich vorteilhaftesten Bedingungen gegen mäßige feste Prämien zum Abschluss von Unfall- und Haftpflicht-Versicherungen aller Art. Ferner gewährt die Gesellschaft: Eisenbahn-Unfall- sowie Dampfschiff- und Unglückversicherungen auf Lebenszeit ausserdem: Einbruch- und Diebstahl-, Kautions- und Garantie- sowie Sturmschäden-Versicherung. Nähere Auskunft erteilen bereitwilligst die leicht zu erlangenden Vertreter der Gesellschaft sowie die Direktion in Köln a. Rh.

Kinderwagen- u. Schlafmöbel-Bazar „Baby“ I. Invalidenstr. 108, an der Brunnenstr. II. Or. Frankfurterstr. 15, Ecke Androssstr. III. Oranienstr. 31, Ecke Apollinarstr. IV. Chausseestr. 8, Ecke Schillingstr. von 8,00-150,00 Kleinen Betten von 6,00 an. Bettfedern Stand v. 10-100,00 V. R. Alexanderstr. 24, am Weddingplatz VI. Oranienstr. 92, Humboldtstr. VII. Oranienstr. 10, Wilmannsstr. 35, von 5,00 an. Lieferant des Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Berliner Möbel-Halle „Norden“ Inh. Richard Thiele, Ackerstrasse 120 am Gartenplatz. Billigste Bezugsquelle für streng reell gearbeitete Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Kaufhaus Max Mannheim

89 Frankfurter Allee.

BERLIN O.

Frankfurter Allee 89.

Zur Einsegnung:

Neuheiten schwarzer Kleiderstoffe.

Cheviots- u. Lodenstoffe , reine Wolle, engl. u. elsässer Fabrikate, doppeltbreit, Mtr.	0,90 bis 2,50 Mk.
Cachemires und Foulés , reine Wolle, glatt und geraht	dto. Mtr. 0,75 bis 1,75 Mk.
Crepe Stoffe , fein und starkfädig reine Wolle, auch für Trauerzwecke	cto. Mtr. 0,95 bis 2,50 Mk.
Mohairstoffe , grösstes Muster-Sortiment, ganz und halb Wolle	dto. Mtr. 0,75 bis 3,00 Mk.
Kammgarnstoffe , extra schwere Ware, reine Wolle, doppeltbr., auch für Konfektionszwecke geeignet, Mtr.	1,95 bis 4,00 Mk.
Kammgarnstoffe, Ripse u. Diagonale , reine Wolle, doppeltbreit, Mtr.	1,25 bis 3,00 Mk.
Victoria-Alpaca und Mohairs , glatt und neue Musterungen	Mtr. 0,75 bis 2,50 Mk.

Konfektion:

Konfirmanden-Umhänge , glatt und gemustert, reine Wolle, reich mit Spitzen garniert	Stück 2,50 bis 4,50 Mk.
Konfirmanden-Kostüme , sauber abgearbeitet, aus glattem Cheviot, Mohair, reine Wolle	9,00 Mk.
Konfirmanden-Unterröcke aus gestreiftem Panamastoff und Moiré	1,35 bis 2,95 Mk.
Konfirmanden-Taschentücher , Linon mit angesetzter Tüllspitze	0,25 bis 1,75 Mk.
Konfirmanden-Handschuhe in enorm reicher Auswahl	0,25 bis 1,00 Mk.
Konfirmanden-Unterröcke , weiss Linon, mit reicher schweizer Stickerei	1,50 bis 4,50 Mk.

Zur Ball-Saison:

Ball-Crepes , reine Wolle	doppeltbreit Mtr. 0,45 bis 1,00 Mk.
Seiden-Brochés und Chinés , reine Wolle	dto. Mtr. 1,50 bis 3,00 Mk.
Fantasie-Stoffe , reine Wolle	dto. Mtr. 0,95 bis 1,75 Mk.
Mulls, Batiste, Plumetis in reichster Auswahl	Mtr. 0,50 bis 1,00 Mk.
Reinseidene Foulards in enorm reicher Auswahl, auch für Strassen-Kostüme	Mtr. 0,60 bis 1,00 Mk.
Halbseidene Merveilleux und Atlasse , reiche Farbauswahl Mtr.	0,32 bis 1,25 Mk.
Echt Lindener Cöper-Zephir-Sammet in allen Farben für Kostüme Mtr.	0,60 bis 2,00 Mk.

Für Knaben

sämtliche Artikel zur Konfirmation.

Oberhemden
190—300 Pf.

Chemisettes
35—50 Pf.

Kragen
20—40 Pf.

Manschetten
25—50 Pf.

Hosenträger
15—75 Pf.

Schwarze und weisse Diplomaten
5—40 Pf.

Manschettenknöpfe
15—75 Pf.

Chemisettgarnitur
20—50 Pf.

Kragenknöpfe, Krawattennadeln, Kragenschoner, seidene Tücher

in grösster Auswahl.

In meiner Betten- und Wäsche-Abteilung beginnt am Montag, den 19. Februar, der Verkauf teilweise zurückgesetzter und einzelner defekt gewordener Gegenstände weit unter Herstellungspreis.